

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 45. Jahrgang, Nr. 3, Freitag, 9. Februar 2024

J'accuse!

2

«*Dynamische*» Hörigkeit oder Souveränität?

12

Volksschule wohin?

27



Wie weiland Emile Zola

J'accuse!

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Die Region des oberen Zürichsees ist nicht nur ein wunderschöner Flecken Erde, sie beherbergt auch technologisch höchst innovative und wirtschaftlich weltweit erfolgreiche Unternehmungen im Bereich der Klimatechnik, der Sensorik, der Mikro- und Nanotechnologie und ihrer vielfältigen, milliardenschweren Anwendungen. Mit der Hochschule Ost ist ausserdem eine in der Solarenergie führende Forschungsanstalt angesiedelt. Auf kleinem Raum zwischen dem Zürcher Oberland und der St. Galler Gemeinde Rapperswil-Jona wird somit Reichtum und echter Mehrwert für die Schweiz erschaffen. Dies schlägt sich im Steuersubstrat, in den Arbeitsmöglichkeiten und folglich im Wohlergehen der breiten Bevölkerung nieder. Damit soll nun Schluss sein. Verantwortlich sind naive Lokalpolitiker, namentlich der Stadtrat von Rapperswil-Jona.



Zur Klarstellung: Dieser Artikel ist kein 08/15 Villalon-Beitrag, sondern der Ausdruck meiner tief empfundenen Empörung. Doch wie es sich gehört, muss Empörung mit Fakten belegt werden, sonst werden Sie, werte Leserinnen und Leser, meine Empörung bloss als einfache Wut einstufen.

Mercator Institute for Chinese Studies teilen diese Einschätzung. Sie gehen davon aus, dass Peking gerade in Branchen, in denen die Volksrepublik einen Rückstand hat, gezielt auf Spionagemethoden zurückgreift.

Zur Vertiefung: Die im Mai 2015 von der kommunistischen Partei Chinas verabschiedete Strategie «Made in China 2025» zielt darauf ab, bis zum Jahr 2025 aus China – mit allen Mitteln einer staatlich gelenkten Wirtschaft – die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt zu machen.

Das Rapperswil Innovation Center der chinesischen Fenshare Holding Ltd, Chongqing

Der Stadtrat von Rapperswil-Jona verkauft einer undurchsichtigen chinesischen Holdinggesellschaft namens Fenshare Holding Ltd., angesiedelt im fernen chinesischen Chongqing, eine Landparzelle. Das Geschäft wird vom Stadtrat während zwei Jahren vor der Bevölkerung geheim gehalten. Juristisch fragwürdig bleiben dabei die Bewertung der Landparzelle sowie die Frage, ob damit die Kompetenzen des Stadtrates massiv überschritten wurden und ob er dieses Geschäft einer Volksbefragung hätte unterbreiten müssen.

Die Chinesen planen ein Innovationszentrum für Schweizer Technologie-Start-Ups, d.h.: Sie wollen das in der Gegend reichlich vorhandene, weltweit führende Schweizer Technologie-Knowhow «absaugen». Ein Verleger aus Rapperswil und ein ehemaliger Ortspartei-Präsident durchschauen jedoch das Geschäft und legen Rekurs ein – auf eigene, nicht zu unterschätzende Kosten. Das Geschäft liegt nun beim St. Galler Verwaltungsgericht. Die Chinesen hatten jedoch den Stadtrat vertraglich zu grösster Eile verpflichtet. Das Geschäft müsse bis Ende 2024 im Trockenen sein. Warum diese Eile?

Der Hintergrund: Chinas neue Wege der Spionage

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz warnt, dass insbesondere europäische Hochtechnologieunternehmen und Weltmarktführer im Fokus chinesischer Spionage stünden. Die chinesische «Made in China 2025» (MIC25)-Strategie diene nicht zuletzt dem illegitimen Wissenstransfer zur Stärkung ausgewählter Wirtschaftsbereiche. Experten wie die Forscher vom Berliner

Das nordamerikanische FBI (Federal Bureau of Investigation) geht einen Schritt weiter als der deutsche Verfassungsschutz: «Die chinesische Regierung verfolgt einen All-Tools-and-All-Sectors Approach». Demnach würden inzwischen sämtliche westlichen Wirtschaftszweige ausspioniert, insbesondere bemühten sich die Chinesen um einen intensiven Zugang zu Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen. China mache sich dabei gezielt die Offenheit der westlichen Gesellschaften zunutze. Während im Westen eine klare Trennung zwischen staatlichen und privaten Unternehmungen und Interessen bestehe, sei dies in China nicht der Fall. Dort würden die Grenzen zwischen den vom Parteistaat kontrollierten Institutionen und der zivilen Gesellschaft bewusst unklar gezogen.

Weitgehend Nicht-Professionelle; die Masse macht es aus

Die Aktivitäten des Einzelnen haben sich in China zentral den durch die kommunistische Partei definierten Zielen des Kollektivs unterzuordnen. Die Wege der Steuerung sind dabei vielschichtig. Auch bei Unternehmungen in privater Hand sorgt die kommunistische Partei dafür, dass ihre Interessen berücksichtigt werden. Instrumente wie das nationale Geheimdienstgesetz oder der Zwang, unternehmerische kommunistische Kaderzellen einzurichten, dienen dazu, die übergeordneten Ziele der Partei zu erreichen.

Insbesondere das im Juli 2017 vom chinesischen Volkskongress verabschiedete nationale Geheimdienstgesetz (NGG) enthält zahlreiche förmlich kodifizierte Sonderrechte für den 250'000 Mann starken chinesischen Spionage-Apparat, um im In- und Ausland nachrichtendienstlich tätig zu sein.

Das Gesetz sieht u.a. vor, chinesische Einzelpersonen, private Unternehmen, staatliche Strukturen und sonstige Organisationen im Ausland zur Mitarbeit zu verpflichten. Dabei wird kein Nein geduldet, in China ist man schneller weg von der Strasse, als man es hierzulande wahrhaben möchte.

Fusion von Wirtschafts-, Industrie- und Konkurrenzspionage

Staatliche Wirtschafts- und Industriespionage sowie privatwirtschaftliches Ausspionieren der Konkurrenten sind in der zentral von der Partei gelenkten nachrichtendienstlichen Tätigkeit kaum mehr zu unterscheiden. Diese werden parallel immer häufiger durch andere Akteure, seien es Unternehmensvertreter im Ausland oder Computer-Hacker-Gruppierungen in China, bewerkstelligt. Der Zweck? Spionage lässt sich einfacher verdecken, und bei einer allfälligen Aufdeckung kann der Staat dementieren.

Noch schlimmer: Die zivil-militärische Spionagefusion

Das chinesische Bestreben, alle Mittel und Wege der Wissensbeschaffung zum Zweck des Machtzuwachses zu bündeln, wurde im Jahr 2015 erstmalig formuliert und im Jahr 2017 mit der Gründung der «Zentralkommission für integrierte militärische und zivile Entwicklung» auch offiziell zur nationalen Strategie erhoben. Wie Parteichef Xi Jin-Ping seither öffentlich ausführt,

LACHEN VERBOTEN!

hf. Zu meinem kürzlichen Geburtstag haben mir unsere beiden Enkel ihre Glückwünsche auf besondere Art ausgedrückt: Der Erstklässler schenkte mir eine schöne Zeichnung mit blauem Meer, goldgelbem Sandstrand und einer lachenden Sonne. Seine Botschaft ist klar: Mach mal Strandferien, ruh' Dich aus! Der Drittklässler liebt dramatische Geschichten, er zeichnete und schrieb: «Grosspapi fährt gegen ein(en) Baum, fällt um und kugelt den Hang hinab. Er hat aber Glück und fällt auf Gummi.» Für einmal ist Lachen oder Schmunzeln nicht verboten, sondern ausdrücklich erlaubt. Eine Freude, wenn man solche Enkel regelmässig «hüten» darf!



sei der «chinesische Traum» nur zu erreichen, wenn parallel auch die «harte», also militärische Komponente zur Absicherung chinesischer Interessen gestärkt werde. Dafür benötigt China die modernsten Technologien, egal, wo und wie sie besorgt werden. Dieser Frage widmet sich im Detail das Australian Strategic Policy Institute (ASPI). Es stellt gezielt Spionageaktivitäten von chinesischen Wissenschaftern und Studenten im Ausland fest. Die Verbindungen dieser Gruppen zur chinesischen «Volksbefreiungsarmee» werden mit teils enormen Aufwendungen verheimlicht.

Fortsetzung auf Seite 4

Vor 5 Jahren haben 8'000 Personen für das Klima gestreikt.



«All die Leute, das erinnert mich an den Klimastreik.» (aus INFOsperber 2024-02-02)

Chinas Spionagetätigkeit in der Schweiz

Das chinesische nachrichtendienstliche Treiben in der Schweiz ist sehr präsent. Die kurz vor Weihnachten 2023 publizierte Nachricht über eine angebliche chinesische Wirtefamilie, welche am Rand des Militärflughafens Meiringen ein Restaurant betrieb, um das neue F-35 Militärflugzeug auszuspionieren, dürfte nur die Spitze des Eisbergs sein.

Über tausend chinesische Studenten sind an der ETH und EPFL eingetragen. Einige wurden beim Kopieren von wissenschaftlichen Dokumenten in der Unibibliothek in Lausanne entdeckt und verschwanden subito auf Nimmerwiedersehen. Genauso verschwand die Wirtefamilie in Meiringen, obwohl sie das Hotelchalet an der Flughafenpiste für 800'000 Franken erstanden hatte. Nach der Publikation eines chinakritischen Artikels in einem bekannten online-Medium erhielt ich während Monaten übelste Beschimpfungen auf Chinesisch per Post nach Hause zugestellt. Poststempel Zürich-Irchel, das Uniquartier. China sieht alles, registriert alles, vergisst nichts.

Zurück zum Fall Rapperswil-Jona

Die hinter dem Rapperswiler Projekt stehende chinesische Holdinggesellschaft namens Fenshare Holding Ltd., Chongqing, angeblich von einer Private-Equity-Gesellschaft gehalten, ist – laut der öffentlich ersichtlichen Internetseite – ein Satellit in der Umlaufbahn des Gree Electric-Konzerns. Der Gree Electric-Konzern, staatlich gegründet und angeblich ebenfalls von privaten Aktionären gehalten (obwohl der Staat immer noch eine kleine Beteiligung hält), ist der weltgrösste Hersteller von Klimaanlageanlagen – und eigentlich die verlängerte Werkbank von japanischen, koreanischen und deutschen Markenherstellern. Gree Electric sucht nun nach Innovation, um als eigenständige Marke den Weltmarkt zu erobern. Die Vorstandsvorsitzende von Gree Electric ist Frau Dong Mingzhu, in China «Schwester Dong» genannt. Sie ist eine pikelharte Geschäftsfrau und ein treues Kadermitglied der kommunistischen Partei – sowie Mitglied des Konsultativausschusses des Nationalen Volkskongresses, dem zentralen Lenkungsorgan der Kommunistischen Partei Chinas.

Churz & Bündig

1'200'000 in der Schweiz lebende Menschen würden sich «rassistisch diskriminiert» fühlen, posaunt Bundesrätin Baume-Schneider via Medien effekt-haschend in die Öffentlichkeit. Will sie tatsächlich behaupten, es würden seit Jahren alljährlich deutlich über hunderttausend Menschen in die Schweiz drängen, um sich hier als «diskriminiert» zu fühlen? Und ohne je den Wunsch auch nur im entferntesten zu verspüren, die «Diskriminierungshölle Schweiz» je wieder zu verlassen?

Oder arbeitet Frau Baume-Schneider mit dieser an Einfältigkeit kaum überbietbaren Behauptung bloss daran, zu beweisen, dass es in der Schweiz eine Politikerin gibt, die bezüglich Kopflosigkeit von Stellungnahmen ernsthaft den Wettbewerb aufnimmt mit der bisher europaweit führenden Spitzenreiterin bezüglich ebenso medienträchtiger wie hirnlöser Verlautbarungen, mit Annalena Baerbock also?

*

Die EU lobt sich täglich selbst über den grünen Klee, sie sei der Hort der Demokratie in Europa. Erlaubt sich allerdings der Präsident eines Mitgliedstaats, das, was EU-Chefin von der Leyen vorbetet, nicht bloss untertänigst nachzubeten, dann trifft ihn alsbald die Peitsche der beleidigten, sich offenbar als Nachfahrin von Louis Quatorze fühlenden EU-Chefin mit aller Schärfe: Sperrung gesetzlich zugesicherter Zahlungen, Androhung des Stimmrechts-Entzugs – das sind die nicht unbedingt demokratiekonformen Kampfmittel der beleidigten Leberwurst in Brüssel, die sie gegen Viktor Orbán androht und auch durchsetzt. Praktiken, für die es in der Weltgeschichte Vorbilder zuhauf gibt – allerdings bloss in totalitären Staaten. *us*

Das Rapperswil Innovation Center soll rasch entstehen, Geld dürfte eine eher untergeordnete Rolle spielen. Mit einem relativ kleinen Investment von zwanzig Millionen Franken liessen sich jedoch hunderte Milliarden an Schweizer Spitzentechnologie erzielen. Chinas



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

Innovation und Weltherrschaft auf Schweizer Kosten sozusagen.

Es erstaunt denn auch nicht weiter, dass die Fenshare Holding Ltd. die Stadt Chongqing, ihren Sitz, als Teil der «Road and Belt»-Initiative darstellt. Diese Road and Belt-Initiative ist das grösste Projekt überhaupt des Partei- und Staatschefs Xi-Jinping mit dem milliardenteuren Ziel Chinas, die wirtschaftliche Oberhoheit über die Welt zu erlangen. Dass dieses Bestreben im eigenen Auftritt erwähnt wird, zeichnet ein ziemlich genaues Bild über diese «privatwirtschaftliche» chinesische Firma, welche in Rapperswil-Jona Fuss fassen will.

Blanke Naivität oder private Interessen?

Es erstaunt mich zutiefst, dass der Rapperswiler Stadtrat und der Stadtpräsident derart naiv gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung und letztlich gegen jene der Schweiz als Wirtschafts- und Technologienation handeln.

Nicht nur wurde ein Landverkauf an eine unter chinesischer Kontrolle stehende Firma hinter dem Rücken des Stimmvolks vorgenommen – er wurde sogar jahrelang geheim gehalten. Auch die mittlerweile von westlichen Geheimdiensten veröffentlichte Strategie Chinas wurde weder analysiert noch der Bevölkerung transparent mitgeteilt. Warum dieser krasse Verstoss gegen direktdemokratische Gepflogenheiten? Sind private Interessen im Spiel? Diese letzte Frage sei mir als kritischer Journalistin erlaubt.

Künftige Herausforderungen

Nicht nur staatliche Akteure wie der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) müssen mit Chinas neuen Wegen der Spionage zurechtkommen, sondern auch private Unternehmen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und insbesondere lokale Exekutivbehörden, wie das obige Beispiel Rapperswil-Jona zeigt. Unser Volkswohl hängt direkt davon ab, dass solch illegitime Machenschaften einer Grossmacht abgewehrt werden und dass wir uns nicht in dümmlicher Naivität einlullen lassen.

Isabel Villalon

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Missbrauch der Kantone



Die Schweizer Kantone (mit Ausnahme von Schwyz und Nidwalden) begrüssen die Abgabe eigenständiger Entscheidungsbefugnis der souveränen Schweiz an Brüssel – bezüglich Einwanderung, Bürgerrecht, Energieversorgung, Verkehr, Währungspolitik usw. Dies allerdings bloss, wenn dabei die Entscheidungsbefugnis im Rahmen der Direkten Demokratie bei der Schweiz verbleibe.

Eine unsinnige Stellungnahme! So unsinnig, wie wenn die Kantone die Einführung der Todesstrafe fordern würden – auszuführen nur, wenn darob niemand zu Tode komme...

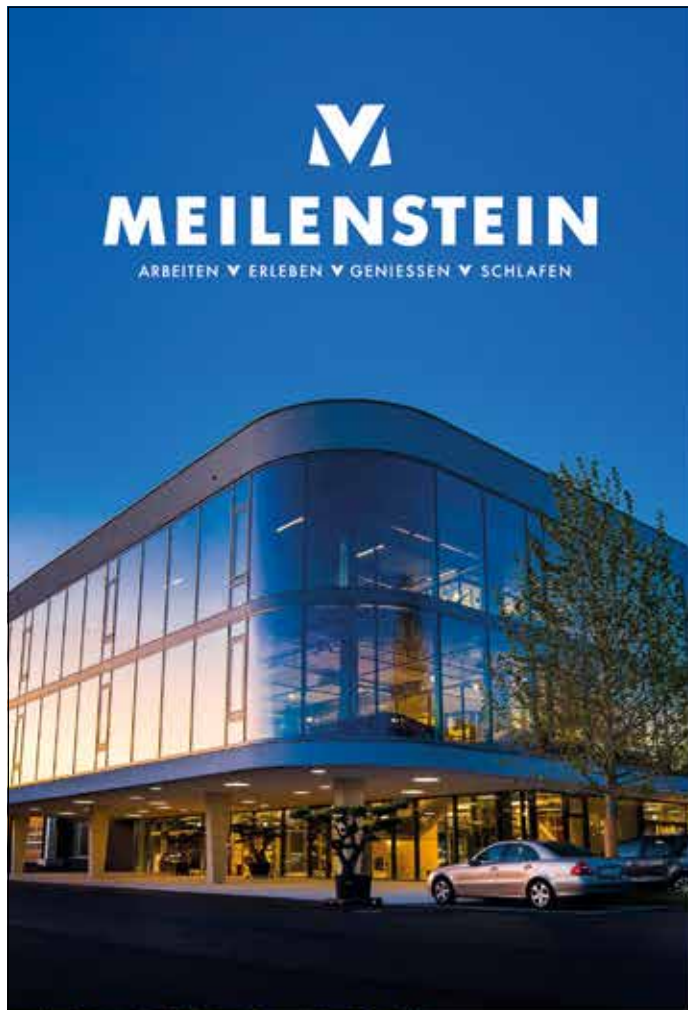
Wie entsteht solch unsinnig-widersprüchliche Stellungnahme mit Absender «Konferenz der Kantonsregierungen» – ein Organ, das es gemäss Bundesverfassung gar nicht gibt. Nach Verfassung vertreten die vom Volk gewählten Ständeräte je ihren Kanton gegenüber dem Bund. Die «Konferenz der Kantonsregierungen» ist ein Produkt von Funktionären, geschaffen am Stimmvolk vorbei, sich selbstherrlich anmassend, als «Stimme aller Kantone» mit Bundesbern zu verkehren.

Diese von keinem Parlament kontrollierte Exekutive arbeitet nach spezieller Technik: Die Funktionäre im «Haus der Kantone» zu Bern decken die Kantonsregierungen tonnenweise mit Unterlagen ein. Zum Auffangen dieser Bürokratie-Exzesse müssen die Kantone eigene Funktionärsstellen errichten, die eng mit dem «Haus der Kantone» und mit Bundesbern zusammenarbeiten, alle Stellungnahmen vorbereiten, auch den Positionsbezug zum Souveränitäts-Ausverkauf an Brüssel – ohne dass Stimmbürger oder Kantonsparlamente etwas dazu sagen können. Die – bestenfalls summarisch orientierten – Regierungen beteuern – selbst überrascht von der ihnen zugeschriebenen Souveränitätspreisgabe –, es ginge ja bloss um ein Verhandlungsmandat, nicht um Definitives. Als würde Brüssel ihre Stellungnahme nicht sofort ausschlagen als Bereitschaft der Schweiz zu umfassender Souveränitätsabgabe an Brüssel. So dass es für die Verhandler kein Zurück mehr gibt. Auf diese Weise verwandeln die Funktionäre die auf keiner Verfassungsgrundlage stehende «Konferenz der Kantonsregierungen» zum Motor der Souveränitäts-Verschleuderung der Schweiz.

Bürgerinnen und Bürger werden ihrer demokratischen Rechte beraubt. Alle Entscheidungsgewalt wird den Brüssel-devoten Funktionären zugeschanzt.

Ulrich Schliuer

Spalte
rechts



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel. 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 53 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



Aus erster Hand

Augenzeugenbericht der Bauerndemos

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

In Deutschland hat die Ankündigung der Regierung, den Bauern den Agrardiesel zu verteuern, zu einer noch nie dagewesenen flächendeckenden Protestwelle in allen Teilen des Landes geführt.



Die Teuerung in Deutschland ist mit der «Ampel» regelrecht explodiert, die Regierung wirft das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinaus. Darum gehen die Landwirte in Deutschland in ihrer Verzweiflung auf die Strasse. In Weil am Rhein äusserte der Winzer Till Schlecht seinen Unmut: «Vorschriften über Vorschriften, sinkende Einnahmen sowie fehlender Support von Verbänden, Politik und Regierung über Jahre hinweg haben uns deutsche Bauern regelrecht ausgeblutet.»

«Wir können nicht mehr und wir wollen so nicht mehr, darum setzen wir uns nun mit dem Mut der Verzweiflung zur Wehr.»

Solidarische Schweizer Bauern

Die Ostschweizer Bäuerin Vanessa Monhart – SZ-Leserin sowie gute Bekannte Ihres Kolumnisten – hat die deutschen Bauern in der unmittelbaren Nachbarschaft besucht. Die Demonstrationen seien sehr eindrücklich: «In verschiedenen kleineren Ortschaften sammeln sich jeweils mehrere hundert Bauern und Bürger mit ihren Traktoren, Lastwagen, Baumaschinen, Lieferwagen, Firmenwagen und PKWs. Sogar Motorradfahrer und Velofahrer sind mit von der Partie. An den Fahrzeugen prangen Transparente mit den Forderungen der in arge Bedrängnis geratenen. So werden alle Bürger auf friedliche Art und Weise auf die Problematik aufmerksam gemacht.» Am Schluss eines solchen Korsos gebe es jeweils ein Mahnfeuer auf einem Feld.



Auch Schweizer Landwirte sind dabei.

Oftmals würden die Teilnehmer auch noch von Spendern verköstigt.

Traktorensternfahrt mit Schweizer Delegation

«Am 21. Januar 2024 sind wir auf Anregung von deutschen Bauern mit rund zwanzig mit Schweizerfahnen geschmückten Traktoren ins deutsche Rheinfelden gefahren», berichtet Vanessa Monhart weiter. «Anschliessend folgte eine Bummelfahrt durch die malerische Landschaft auf der deutschen Seite des Rheins. An vielen Ortstafeln hatten die Bewohner als Zeichen der Solidarität mit ihren Bauern Gummistiefel aufgehängt. In den Dörfern und Städtchen winkten uns die Bürger freundlich und aufmunternd zu. Am Ziel in Lörrach bot sich dem Betrachter ein eindrückliches Bild: 200–300 Traktoren aller Marken und Jahrgänge waren schön säuberlich aufgereiht.»

Beeindruckende Manifestation in Lörrach

Nach kurzem Fussmarsch erreichten die rund 1'000 angereisten Teilnehmer den Marktplatz im mittelalterlichen Stadtkern von Lörrach. Auf Wagen und Traktoren stehend, machten die Referenten ihrem Ärger tüchtig Luft. Ein Gewerbler monierte: «Zuerst sperrten sie unsere Geschäfte zu, und nun müssen wir für all den entstandenen Schaden aufkommen.» Ein Bauer aus Stuttgart, sichtlich in Rage, schrie aufgebracht in die Menge: «Leute wacht auf, die Bauern gehen drauf!» Die immer radikaleren Ideen und Gesetze der Ampelkoalition bluten den Mittelstand aus. Vanessa Monhart überbrachte die Grüsse der Schweizer Bauern und bestärkte die Deutschen, getreu dem Motto «Einer für alle, alle für einen.»

Und die Schweizer Landwirtschaft?

Besonders bedenklich empfand Vanessa Monhart die Berichterstattung der Medien. Die «Badische Zeitung» reduzierte die über tausend Demonstranten auf «nur 300» und schrieb von rechtsextremen Tönen, welche zu vernehmen gewesen seien. Nichts von alledem entspreche der Realität, meint unsere Augenzeugin. Und: Auch in der Schweiz sei ein unerhörter Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft im Gang, meint Vanessa Monhart zum Schluss: «Rund tausend Bauernbetriebe müssen pro Jahr aufgeben.» Es werde zunehmend schwierig für die Bauern, den Verfassungsauftrag, nämlich die Versorgung unserer Bevölkerung mit guten Erzeugnissen aus einheimischer Produktion, sicherzustellen. Und sie fordert: «Die Fehler der Vergangenheit müssen korrigiert werden!»

Hermann Lei

Leserbriefe

Eine wohltonende Scheinlösung!

Als Rentner müsste ich mich eigentlich auf eine 13. AHV-Rente freuen. Nach Abklärungen mit der AHV-Stelle des Kantons habe ich aber keinen Bock mehr darauf. Zu viele Fragen sind offen: Start noch unklar, ebenso die Finanzierung, wenn jemand erst im Laufe des Jahres rentenberechtigt wird (pro rata?) oder wenn ein Rentner innerhalb des Jahres stirbt. Mir wäre viel mehr geholfen, wenn ich mit meiner Frau die volle AHV-Rente erhalten würde und nicht nur je eine $\frac{3}{4}$ -Rente. Das kostet uns jeden Monat 700 Franken. Zudem zahlen wir Steuern auf der Rente. Darum: AHV-Renten ab sofort von der Steuer befreien, ebenso BVG-Renten bis 55'000 Franken! Dann bin ich gerne dabei.

Werner Nussbaum, Küttigen AG

Erhöhte Kriminalität um Bundesasylzentren

Rund um die Bundesasylzentren haben Einbrüche und Diebstähle stark zugenommen. Allein im Kanton Thurgau wurden im Jahr 2023 bereits 1'023 Einbrüche in Fahrzeuge sowie Diebstähle aus Fahrzeugen verzeichnet. 2022 waren es noch 662 Fälle, 2021 365 Fälle und 2020 256 Fälle gewesen. Das ist fast eine Verfünffachung in nur drei Jahren! Neunzig Prozent der Täter sind junge Nordafrikaner, meist aus Bundesasylzentren. Auch in meinem Kanton (Basel-Landschaft), wo immer mehr Asylanten untergebracht werden müssen, hört man aus Polizeikreisen, dass zunehmend Gelegenheitseinbrüche durch vorwiegend aus Algerien und Rumänien stammende Delinquenten verübt werden. In der Fragestunde der Landratssitzung vom 11. Januar 2024 wurde die Zunahme der Einbrüche vom Regierungsrat bestätigt, die genauen Zahlen für das Jahr 2023 werden aber erst im März 2024 zur Verfügung stehen. Aber bereits heute muss festgestellt werden, dass 2023 bei den Einbruchdiebstählen ein deutlicher und bei den Diebstählen aus Fahrzeugen ein starker Anstieg zu verzeichnen ist. Bei den in flagranti festgenommenen Tätern handelt es sich grossmehrheitlich um Asylbewerber aus dem Maghreb, die aber nach



Unsozial und ungerecht

Am 3. März 2024 stimmen wir über die Initiative für eine 13. AHV-Rente ab. Was verlockend klingt, ist jedoch brandgefährlich. Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk unseres Landes. Mit der Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» verspricht der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine Erhöhung der Rente für alle. Aber Achtung: Schon heute ist klar, dass die Finanzierung der AHV schon ab 2030 nicht gesichert ist. Die Initiative der Gewerkschaften würde zusätzliche Mehrausgaben von fünf Milliarden Franken pro Jahr bedeuten! Im Klartext heisst das: Eine 13. Rente kann nur durch höhere Lohnabzüge für die arbeitende Bevölkerung und neue Steuerlasten für uns alle finanziert werden. Zudem fliessen bei einem Ja zur 13. AHV-Rente Milliarden unseres Geldes ins Ausland. Denn von der 13. AHV-Rente profitieren vor allem rund 800'000 Rentnerinnen und Rentner im Ausland. Wollen Sie wirklich Luxusrenten im Ausland finanzieren? Dann hätten Sie als Arbeitnehmer(in), Konsument(in), Alleinerziehende, Familie mit normalem Einkommen noch weniger Geld zum Leben. Fazit: Die 13. AHV-Rente ist im höchsten Mass unsozial und ungerecht – und sie fährt die AHV finanziell an die Wand. Darum bitte ich Sie, am 3. März Nein zu stimmen.

Martina Bircher, Nationalrätin, Aarburg AG

kurzer Zeit wieder auf freien Fuss gesetzt werden, statt dass sie sofort ausgeschafft werden.

Andi Trüssel, Landrat, Frenkendorf BL

Doppelbürger gegen Bünzli-Schweizer

Ein militärischer Orientierungstag in Paris genügt für Schweizer Doppelbürger, um sich in der Schweiz von der Dienstpflicht befreien zu lassen. In den letzten fünf Jahren haben das 4'007 Männer genutzt. Junge Schweizer,

Ohne klare und verständliche Botschaft kein Wahl- oder Abstimmungserfolg. Denn die Botschaft überbringt die Kernaussage Ihres Anliegens. Wir verleihen Ihrer Botschaft Flügel, damit Sie schnell Ihr Ziel erreichen.

GOAL GLOSSAR

 **Botschaft**

Botschaft

abgel. v. «Bote»; <lat.> nuntius (Bote, Botschaft)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Was es wirklich kostet



Jüngst habe ich das Polit-Referat eines EU-Turbos geniessen dürfen – es ging um die Zuwanderung. Der Referent antwortete auf Fragen ausdrücklich, allerdings mit ungeeignetem Argumentarium: Die Zuwanderung ersetze den «Innovationsimpuls», der die Basis schaffe für wirtschaftliche Stabilität. Am Ende des Referats bat er um nachvollziehbare Gegenargumente statt vorgefasster Meinung.

Nun denn, ich greife gern ins Füllhorn echter Argumente:

Geburtenrate: Während sie sich in der Schweiz dem Tiefststand zuneigt, steigt die Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund an. Laut Bfs-Statistik entstammen heute 58 Prozent der Kinder bis zu sechs Jahren ausländischer Nationalität. Bei den Erwachsenen liegt der Schweizer Bevölkerungsanteil noch vorn, doch in Zürich haben aktuell siebzig Prozent der 15-Jährigen ausländische Wurzeln.

Ungebremste Zuwanderung/Nationengemisch: Welche Auswirkungen hat es auf die Zukunft der Schweiz, wenn die Bevölkerungsmehrheit unterschiedliche Sprachen, Traditionen und Kulturen pflegt und sie zum Schmelztiegel der Nationen macht? Vom Bundesamt für Statistik belegt: Die Schweiz ist das Land mit

die ihre verfassungsmässige Wehrpflicht leisten, werden so für dumm verkauft. Der Bundesrat will – wie immer wenn das Ausland betroffen wäre – nichts ändern.

Alex Schneider, Küttigen AG



Frau Amherd und die «Mitte» haben versagt «Kein Drama», sagte der Armeechef gegenüber den Medien zur Tatsache, dass der Armee 1,4 Milliarden Franken für bereits bestellte Rüstungsgüter fehlen. Dennoch wiegt die «Finanzierungslücke» schwer. Verursacht hat das Debakel aber nicht in erster Linie die

Armeespitze, sondern die angeblich bürgerliche Mitte-Partei. Ihre Parlamentsmitglieder haben es zu verantworten, dass das Armeebudget statt bis 2030 erst bis 2035 auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben wird. Dadurch gehen der Armee mindestens zehn Milliarden Franken für dringende Investitionen verloren. Laut Armeechef Süssli könnten bei einer Mobilmachung nur zwei von sechs Panzerbataillonen, eine von vier Artillerieabteilungen und sechs von 17 Infanteriebataillonen vollständig ausgerüstet werden. Offensichtlich hat die Armeespitze den Parteifreunden von «Mitte»-Verteidigungsministerin Amherd zu sehr vertraut. Sie selbst ist – wie üblich in kritischen Situationen

der höchsten Einwanderung aller OECD-Staaten. Nur Luxemburgs Grenzen sind noch löchriger.

Kostenfrage am Beispiel des SEM: In den 16 Jahren der Personenfreizügigkeit ist die Schweiz um über 17 Prozent gewachsen mit adäquaten Kostenfolgen: Hatte z.B. das Staatssekretariat für Migration (SEM) im Jahr 2022 Ausgaben von 2,6 Mia (davon 1,4 Mia nur für Transferbereich), so wird der Bund 2024 neu 3,55 Mia zahlen – vorausgesetzt die Kosten bleiben stabil.

Bevölkerungswachstum: Welches Argumentarium braucht es zur Erkenntnis, dass die (Staats-)Kosten stets dann ansteigen, wenn durch zu hohe Zuwanderung in fast allen Infrastrukturbereichen ausgebaut werden muss?
Steuerzahlende Zuwanderer: Diese wiegen die Füllungseffekte nicht auf – basta. Und andere zahlen mangels Masse gar keine Steuerbeträge – vielmehr kosten sie welche.

Fachkräftemangel: Zuwanderer verkleinern ihn nicht. Ein Teil füllt zwar Arbeitsplätze, braucht aber Wohnraum, Ausbildung, medizinische Betreuung, was wieder neuen Fachkräftemangel erzeugt.

Christoph Schaltegger, Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik (IWP) in der NZZ: «Beim Bevölkerungswachstum sind wir auf bestem Weg, zum europäischen Singapur zu werden.»

Wäre auch Kalkutta denkbar?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

– abgetaucht und hat den Armeechef vorgeschickt. In Anbetracht von Putins brutalem Angriffskrieg, von dem niemand weiss, wann, wie und wo er enden wird, ist das Versagen jener Politiker, die unseren Soldaten zehn Milliarden Franken vorenthalten, unverzeihlich. Sie haben es zu verantworten, dass unsere Armee noch längere Zeit nicht in der Lage ist, ihren Verteidigungsauftrag zu erfüllen. Umso dringlicher muss nun der Bundesrat dem Parlament einen Finanzierungsplan für eine kampftaugliche Armee vorlegen.

Hans Fehr



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax

inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00

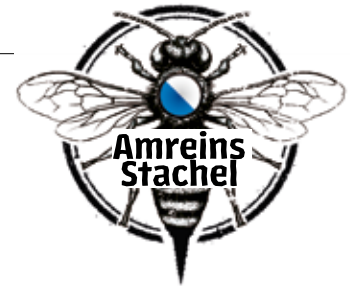


swiss-classic-car.ch

Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden | 044 701 22 44

35 Millionen für Stützpunkt-Sanierung Seepolizei?

Luxus als «gebundene» Ausgaben erklärt



von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küsnacht ZH



Der Seepolizei-Stützpunkt in Oberrieden ZH muss saniert werden. Nur wie und zu welchen Kosten – darüber scheiden sich die Geister.

Der Zürcher Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Mario Fehr, will den Stützpunkt für rund 35 Millionen Franken sanieren. Im Jahr 2016 wurden Pläne für eine Sanierung für zehn Millionen, inklusive dem geplanten Bau einer Tiefgarage, vom Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgestellt. Dies aufgrund der Grundwasserproblematik, einer fehlenden Nutzwertanalyse und wohl auch aufgrund einer Anfrage des Schreibenden aus dem Kantonsrat (KR-NR. 10/2016).

Anlässlich der Budget-Debatte für das Jahr 2023 lehnte der Kantonsrat meinen Kürzungsantrag ab: Den neuen durch den Regierungsrat auf 33,4 Millionen Franken erhöhten Kredit (einschliesslich Reserve für Unvorhergesehenes von 6,7 Millionen Franken) hatte ich um 15 Millionen reduzieren wollen. Begründung: Der Betrag für das Projekt sei im vorliegenden Budget noch nicht vorgesehen, sondern erst ein Projektierungsprojekt in Ausführung.

Unterdessen ist der Projektwettbewerb abgeschlossen, das Siegerprojekt steht fest, und der Bau soll 2026 starten. Ein von Kantonsrat Domenik Ledergerber (SVP) und Mitunterzeichnern zum überdimensionierten Kreditvorhaben eingereichtes Dringliches Postulat soll auf Antrag des Regierungsrates als erledigt abgeschlossen werden. Seine Begründung: Die bei der ersten Planung aufgetretenen Schwachpunkte sollen vermieden werden, und die Finanzkontrolle attestiere dem Projekt, auf gutem Wege zu sein.

Unverständlich! Warum? Bei einem substantiellen Teil der geplanten Projekt-Ausgaben handelt es sich nicht um gebundene Ausgaben. Weder eine geplante Luxuskrananlage noch ein Helikopterlandeplatz auf dem Dach des Stützpunktes noch Druckluftanlagen und überdimensionierte Werkstätten sind als gebunden zu betrachten.

Der Regierungsrat muss diese Ausgaben deshalb mit einem entsprechenden Kreditantrag dem Kantonsrat

zur Bewilligung unterbreiten. Der Kantonsrat selbst kann derzeit bestenfalls, auf Antrag seiner vorbereitenden Kommission für Planung und Bau (KPB), eine abweichende Stellungnahme zur regierungsrätlichen Antwort auf die Dringliche Anfrage beschliessen. Diese wäre jedoch für die Regierung nicht bindend, und der Ausbau des Stützpunktes nach den Plänen des Regierungsrates könnte damit nicht verhindert werden.

Und doch gibt es noch einen Lichtblick: Aufgrund eines Entscheids des kantonalen Verwaltungsgerichts zu gebundenen Ausgaben im Zusammenhang mit einem Strassenbauprojekt in Winterthur (Frauenfelderstrasse, Stimmrechtsbeschwerde) darf erwartet werden, dass das Hochbauamt und die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich auf ihre Luxuswünsche und die überhöhte Reserve für Unvorhergesehenes (üblich sind 10–15 und nicht 25 % Reserve) zurückkommen und diese dem Kantonsrat mit separatem Kreditantrag zur Bewilligung unterbreiten werden.

Ein solch einsichtiges Handeln der Regierung würde verhindern, dass besorgte Steuerzahler gezwungen wären, die Verwaltungsgerichtsbarkeit anzurufen.

Und sollten alle Stricke reissen, kann der Kantonsrat im Budget 2026 eine entsprechende Kürzung vornehmen.

Hans-Peter Amrein

Was sind gebundene Ausgaben?

«Ausgaben gelten als gebunden, wenn die Gemeinde durch einen rechtssetzenden Erlass (...), einen gerichtlichen Entscheid, dem ein rechtssetzender Erlass zu Grunde liegt, oder durch einen vorangegangenen Verpflichtungskreditbeschluss zu ihrer Vornahme verpflichtet ist und ihr hinsichtlich der sachlichen, zeitlichen und örtlichen Umsetzung kein erheblicher Entscheidungsspielraum bleibt. Alle Voraussetzungen hinsichtlich der sachlichen, zeitlichen und örtlichen Kriterien müssen kumulativ erfüllt sein, damit die Ausgabenkompetenz als gebunden gilt. Die Stimmberechtigten müssen die Möglichkeit haben, die Frage der Gebundenheit gerichtlich überprüfen zu lassen.»

Handbuch Grundlagen Kreditrecht, Kanton Zürich

Paketvertrag EU-Schweiz

«Dynamische» Hörigkeit oder Souveränität?

von Dr. h.c. Beat Kappeler, Ökonom, Buchautor, Hinterkappelen BE

Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2023 einen Mandatsentwurf für Verhandlungen mit der Europäischen Union verabschiedet. Das Mandat enthält die Leitlinien für die Verhandlungen, das sogenannte «common understanding». Das Papier hält die Ergebnisse der Sondierungsgespräche (März 2022 bis Oktober 2023) fest. Es lohnt sich, den Inhalt dieses Papiers und den Verhandlungsentwurf genau zu betrachten.



Drei Bestimmungen im englischen Verhandlungsleitfaden «Common Understanding» werden eine Volksabstimmung nicht überstehen:

«Dynamische Rechtsübernahme»: Die Schweiz soll das EU-Recht im Bereich der Verträge automatisch übernehmen, und zwar rückwirkend auf bestehende Abkommen sowie das entsprechende künftige EU-Recht. Die Gesetzgebung wird nach Brüssel verlagert im Bereich der Verträge des Binnenmarktzugangs für Güter und Dienste. Das wird in den Augen der EU auch weite Teile des Arbeitsrechts, Sozialrechts, Umweltrechts betreffen.

Europäischer Gerichtshof (EuGH): Er ist für das EU-Recht zuständig – und durch die dynamische Rechtsübernahme wird dies fast der gesamte Inhalt der Verträge sein. Es ist die Rede von einigen Ausnahmen, die aber auszuhandeln seien, und es wird (nur in Klammer) das Referendumsrecht erwähnt, aber nicht konkretisiert.

Gegenmassnahmen: Bei Streitigkeiten soll die verletzte Partei Gegenmassnahmen ergreifen können im betreffenden Bereich – oder aber «in any other» Abkommensbereichen: Wie bei den Bilateralen hängen aber wieder alle Verträge im Paket zusammen, was der EU einen grossen Hebel zuspielt.

Unterwerfungsvertrag

Von den Inhalten her gesehen wird die Schweiz dem EU-Recht im Bereich Gesundheitsfragen, Pandemien etc. untergeordnet. Ebenso wird die «ganze

Nahrungskette» diesen Regeln unterstellt, also von der Saat bis zur Nestlé-Packung! Die Bemerkung, die Landwirtschaftspolitik sei damit nicht berührt, wirkt daher etwas dünn – gerade weil die EU kürzlich die genveränderten Produkte allen andern Agrarprodukten gleichgestellt hat. Eine vage formulierte Aushandlung soll den Finanzplatz betreffen, ebenso eine «hochrangige» Koordination der Aussen- und Sicherheitspolitik; das alles ist ein sehr weites Feld.

Dass die Schweiz in den Forschungsprogrammen mitmacht, soll in einem Abkommen geregelt werden. Man wird die Ansicht vieler Hochschulforscher anmerken dürfen, dass sie lieber forschen und arbeiten, als bei den geschwätzigen Verhandlungsrunden und Bewerbungspapieren mitzumachen. Zudem liegt die Schweiz mit Innovationen, Patenten und bezüglich Universitäts-Ranking weit vorn.

Und die Personenfreizügigkeit?

Hier soll die Schweiz den vollen Familiennachzug in auf- und absteigender Linie beider Partner gewähren. Die in diesem Zusammenhang erwähnten Ausnahmen für Rückweisungen und Sozialübernutzung sind völlig offen, weil ausdrücklich auch der dynamischen EU-Rechtsentwicklung unterstellt.

Bei entsandten Arbeitnehmern und selbständigen Erbringern von Dienstleistungen sollen grosso modo die bisherigen Massnahmen gelten, obwohl auch hier die Übernahme-Dynamik im Raum hängt und häufig «Nicht-Diskriminierung» gelten soll, was immer das heisst. Wir sollten ausserdem beachten, dass mit der EU-Erweiterung nach dem Balkan und der Ukraine Millionen potenzieller Zuzüger berechtigt werden.

Und das dicke Ende kommt – mit «gesetzlich bindenden» Kohäsionsbeiträgen der Schweiz – wohl schon 2024.

Die ganz besondere Dynamik des EU-Rechts

Seit 1987 gilt weitgehend das Mehrheitsprinzip für Entscheide (im «Rat der EU» bzw. Ministerrat), und für den Binnenmarkt reichen Mehrheitsentscheide, nicht Einstimmigkeit. Daher ein kleiner Brüsseler Trick: Die EU-Kommission hat fast alles im Güter-, Umwelt-, Arbeits- und Sozialrecht als binnenmarktrelevant bezeichnet. Tausende von Richtlinien und Regeln sind so nur mit Mehrheiten erlassen worden, Widerstrebende werden so leichtestens «vergemeinschaftet». Die Kommission

hat das alleinige Vorschlagsrecht dazu, der Ministerrat tagt nur monatlich und muss eine Flut von Regeln verabschieden. Damit entstand ein Staat, der alles kann, alles darf – und der EuGH billigt es, oft gegen die eigenen Verträge. Das ist die «Dynamik», und das im Entwurf angetönte «frühzeitige Mitwirken» der Schweiz bleibt illusorisch.

Kompliziert und lähmend

Die EU-Regeln komplizieren Güter und Dienste, so etwa die «Taxonomie», die schon mittlere Unternehmen zu 1'144 Auskünften, Dokumentationen, Nachverfolgungen jährlich zwingt. Bei Stellenantritt schreiben 121 Seiten den Firmen und den Arbeitenden bindende Informationen vor. Solche Regeln, wie auch zur Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern sind komplex. Sie und viele weitere lähmen die Entscheidungsfreiheit aller Beteiligten. Sie belasten mittlere Firmen und Gewerbe; die grossen können juristische Stäbe anschaffen.

Die EU-Kommission wird demnächst erstmals Vorschläge zu EU-Steuern vorlegen, geschöpft aus den CO₂-Zertifikaten, den Grenzabgaben und einem Prozent der nationalen Unternehmenssteuern – das ist sehr binnenmarktrelevant, und damit «dynamisch».

Die Schweizer Befürworter und die Skeptiker der EU lesen viel zu wenig die Papier- und Regelflut dieser selbstermächtigten Union. Man muss die Originaldokumente lesen!

Deutschland ist kein Vorbild. Es wird vergemeinschaftet und muss mit seinen Garantien für Südeuropa Schulden in der Höhe von Tausenden Milliarden Euro mittragen. Und als das deutsche Verfassungsgericht die Billigung des EuGH für die Gelddruckerei der Europäischen Zentralbank als Vertragsbruch kritisierte, klagte die EU-Kommission Deutschland vor ebendiesem EuGH des Vertragsbruchs an. Die deutsche Regierung hat den EuGH am 3. August 2021 per Brief anerkannt – am eigenen Verfassungsgericht, am Bundestag und am Volk vorbei. Unterwerfung per Briefpost nennt sich das!



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

« Das aktuelle Zitat »

«Angesichts der Präzedenzfälle, die es gibt – den EWR und das Freihandelsabkommen – muss die Bundesversammlung das (neu geplante – die Red.) Abkommen Schweiz-EU dem obligatorischen Referendum unterstellen. Sonst würde sie einen Bruch gegenüber ihrer bisherigen, mehrfach bestätigten Praxis vollziehen, die besagt: Greift ein Abkommen tiefgreifend in die verfassungsrechtliche Ordnung ein, oder sprechen bedeutende sachliche oder politische Gründe dafür, dann braucht es das obligatorische Referendum. Mir scheint überhaupt, dass man sich über die institutionelle Tragweite des Abkommens nicht überall im Klaren ist.»

Dr. iur. Andreas Glaser, Prof. für Staats-, Verfassungs- und Europarecht an der Universität Zürich, in der NZZ vom 24.1.2024

In keinem andern internationalen Vertrag ist die dynamische Rechtsübernahme vorgesehen. Auch die Schweiz muss ihre Souveränität bilateral und situativ mit der EU koordinieren. Sonst ist sie ein Satellitenstaat.

Der richtige Weg

- Die Schweiz muss der EU klarmachen: Es gibt keine «institutionelle Anbindung», sondern nur situative bilaterale Abkommen. Der Bundesrat muss endlich selbstbewusst werden.
- Der Bundesrat muss Schikanen (z.B. «nicht-tarifarisches Handelshemmnisse») der EU endlich einmal mutig vor der Welthandelsorganisation einklagen (was unter der «Dynamik» nicht mehr möglich wäre). Die Schweiz hat gegenüber den USA schon mit solchen Klagen gewonnen. Die EU würde vorsichtig, weil solche Siege auch gegenüber USA, Japan, China etc. gälten.
- Die Schweiz soll (wie England) der neuen asiatischen grossen Freihandelszone CPTPP beitreten. Dort und mit den USA wächst unser Handel, nicht mit dem überregulierten, überalterten, überschuldeten Europa.
- Die Schweiz, die am meisten EU-Bürger aufgenommen hat, muss den Zuzug aus der EU neu regeln. Die vielen EU-Bürger mit ihren bisherigen Rechten hier sind dazu ein gewichtiges Pfand!
- Wegen einiger Hindernisse dürfen unsere Unternehmer nicht die Souveränität des ganzen Landes nach 733 Jahren an den Nagel hängen.

Lassen wir zum Schluss den Volksmund zur dynamischen Übernahme des gänzlich unbekanntes künftigen EU-Rechts sprechen: «Der grösste Esel ist und bleibt, wer Ungelesenes unterschreibt.»

Beat Kappeler hat das obige (hier leicht gekürzte) Referat an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz am 27.1.2024 in Bürglen UR gehalten. Sein neuestes Buch «Wenn alles reisst, hält die Schweiz? Krieg, Euro, Migration, Schuldeninflation, Aufruhr, Geopolitik» ist 2023 im Stämpfli-Verlag erschienen.

**Kanton Solothurn
Kantonale Abstimmung
vom 3. März 2024**



FDP
Die Liberalen



**Für eine bezahlbare
Verwaltung:**

**JA zur 1:85
Initiative!**

www.1zu85.ch

Rémy Wyssmann
Nationalrat SVP, Rechtsanwalt

Solothurn: Kantonale Volksinitiative «1:85»

Mehr Freiheit, weniger Bürokratie!

von Rémy Wyssmann, Nationalrat, Gemeinderat, Kriegstetten SO

Am 3. März 2024 stimmt die Solothurner Bevölkerung über die 1:85 Initiative ab. Die Initiative will das stetige Staatswachstum im Kanton Solothurn endlich bremsen.

Seit 2014 hat sich das Ausgaben- und das Personalwachstum in der kantonalen Verwaltung komplett vom Wirtschafts- und vom Bevölkerungswachstum abgekoppelt. 2010 beschäftigte der Kanton Solothurn 2'864 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Heute sind es bereits 3'553 Vollzeitstellen. Damit wuchsen die Vollzeitstellen fast doppelt so stark wie die Bevölkerung – und das bei einem Defizit von über hundert Millionen Franken. Und der Steuerzahler zahlt und zahlt. Dabei hat der Kanton Solothurn schon jetzt die vierthöchste Steuerbelastung für natürliche Personen in der Schweiz. Sämtliche Bemühungen, die Steuern zu senken, wurden bis heute abgestraft.

Ausufernde Bürokratie

Bürgerinnen und Bürger, die KMU, das Gesundheitswesen, Schulen, die Polizei und die Gemeinden leiden unter der ausufernden Bürokratie, die mit jeder zusätzlichen Stelle weiter steigt. Dadurch bleibt zu wenig Zeit für den Unterricht an Schulen, für die Behandlung von Patientinnen und Patienten und für die Polizeiarbeit an der Front. Viele Ämter wie z. B. die Ausgleichskasse des Kantons Solothurn haben kein Ressourcen-, sie haben ein Führungsproblem! Dennoch hat der Regierungsrat bei Nichtfunktionieren einer Amtsstelle nur ein Rezept: Noch mehr Personal! Dabei besagen bereits die Parkinson'schen Gesetze, dass sich noch mehr Angestellte nur noch mehr gegenseitig Arbeit schaffen. Zudem wünscht sich jeder Angestellte, die Zahl seiner Untergebenen, nicht jedoch die Anzahl seiner Rivalen, zu vergrössern. Dabei wäre ein gesunder Wettbewerb innerhalb der Verwaltung dringend nötig. Weniger ist mehr!

Die öffentliche Verwaltung nimmt der Privatwirtschaft die Fachkräfte weg

Während der Kanton mit Steuergeldern kräftig ausgebaut wird, fehlen die Fachkräfte in der Privatwirtschaft. KMU und Selbständigerwerbende können sich die Löhne, die vom Staat bezahlt werden, nicht leisten. Auch andere Privilegien, die es beim Staat gibt, sind konkurrenzlos: Teilzeitmöglichkeit, Job-Sharing, Gratis-Stellvertretung, IT frei Haus, Sabbatical und vieles mehr. Kein Wunder, dass alle beim Staat arbeiten wollen! Die Folge sind: Teurere Güter und Dienstleistungen, mehr Inflation, weniger Wohlstand. Argentinien lässt grüssen.

Was will die Initiative?

Das Initiativbegehren wurde als Gesetzesinitiative in Form einer Anregung eingereicht. Die kantonale Gesetzgebung soll wie folgt geändert werden: Die Anzahl der Angestellten des Kantons Solothurn darf das Verhältnis eines Vollzeitmitarbeitenden auf 85 Einwohnerinnen und

Einwohner nicht übersteigen. Für die Berechnung massgebend sind jeweils die Wohnbevölkerung des vorangehenden Jahres und die im Jahresbericht ausgewiesene Anzahl Vollzeitäquivalente aller Departemente und der Gerichte (Pensenübersicht). Übersteigt die Anzahl der kantonalen Angestellten das Verhältnis von 1 zu 85, so ergreift der Regierungsrat Massnahmen und stellt innerhalb von zwei Jahren den gesetzmässigen Zustand wieder her. Strukturelle Anpassungen durch Auslagerung oder Einbindung von bestehenden Aufgabenbereichen aus der oder in die kantonale Verwaltung sowie durch Übertragung neuer Aufgabenbereiche durch den Bund sind in der Ausführungsgesetzgebung mit der Möglichkeit der Anpassung der Verhältniszahl durch den Kantonsrat zu berücksichtigen.

Die Verwaltung darf nicht stärker wachsen als die Bevölkerung. Darum muss die Anzahl staatlicher Stellen an das Bevölkerungswachstum gekoppelt werden. Das hält unseren Kanton langfristig attraktiv, gesund und stark. Einwohnerinnen und Einwohner sowie künftige Generationen werden entlastet. Mit dem Verhältnis von 1 Staatsstelle auf 85 Einwohner wird das künftige Wachstum auf ein gesundes Mass beschränkt. Dies entspricht dem Stand vor der Corona-Pandemie 2019 und trägt unserem Kanton und seinen finanziellen Möglichkeiten Rechnung.

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023
Bevölkerung	274'748	276'469	278'640	281'415	285'901
Vollzeitstellen	3'226,6	3'343,6	3'452,8	3'464,6	3'507,5
Verhältnis	85,2	82,7	80,7	81,2	81,5

Seit dem Jahr 2020 wird das geforderte Verhältnis von 1:85 nicht mehr eingehalten. Mit Annahme der Initiative wird der Regierungsrat beauftragt, innerhalb einer angemessenen Übergangsfrist von zwei Jahren 144 Vollzeitstellen abzubauen. Das sind nur rund vier Prozent aller Vollzeitstellen. Und das ist zumutbar, weil in den nächsten Jahren über 500 Personen in der Verwaltung pensioniert werden – also über zehn Prozent der Staatsangestellten. In der Privatwirtschaft sind weitaus grössere Abbaumassnahmen an der Tagesordnung. Jedes KMU muss täglich prüfen, ob es den Personalbestand – auch infolge der erdrückender Steuer- und Gebührenbelastung durch den Staat – noch halten kann.

Helfen Sie mit und sagen Sie deshalb JA zu einer gesunden Verwaltung, die wir uns leisten können.

Rémy Wyssmann

JA zu weniger Zuwanderung zu einer sicheren AHV zur Renteninitiative



Gregor Rutz
Nationalrat SVP ZH

«Die Renteninitiative trägt dazu bei, dass die AHV auch in Zukunft gesichert ist.»



Diana Gutjahr
Nationalrätin SVP TG

«Wir brauchen weniger Arbeitskräfte aus dem Ausland. Die Renteninitiative stärkt den Schweizer Arbeitsmarkt.»



David Trachsel
Präsident JSVP

«Wenn es mit der Altersvorsorge so weitergeht, gehen die Jungen einmal leer aus. Deshalb braucht es die Renteninitiative.»



Gregor R. Bruhin
Kantonsrat SVP ZG

«Rentenkürzungen vermeiden, Schulden reduzieren.»



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP ZH

«Die Verknüpfung der Lebenserwartung an das Rentenalter sichert unser Rentensystem.»



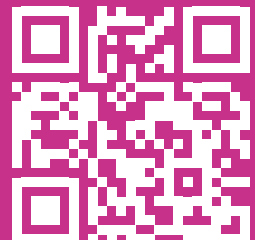
Nils Fiechter
Grossrat SVP BE

«Mit der Renteninitiative werden Arbeitgeber verstärkt auf inländische Arbeitnehmer setzen. Eine Reduktion der masslosen Zuwanderung ist deshalb sehr wahrscheinlich.»

JA SAGEN AUCH:



renten-sichern.ch



Nein zur 13. AHV-Rente – Ja zur Renteninitiative!

Wie lange können wir die AHV noch «melken»?

von Nina Fehr Düsel, Nationalrätin, Küssnacht ZH

Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) steht vor einer der grössten Herausforderungen ihrer Geschichte. Seit 76 Jahren zahlt die AHV monatlich zuverlässig die AHV-Renten an Pensionierte aus. Doch nun steht die AHV vor dem finanziellen Ruin. Ab 2030 schreibt das wichtigste Sozialwerk wieder dunkelrote Zahlen. Bis 2050 fehlen rund 130 Milliarden Franken in der Kasse. Ohne rasche Reform droht ein Zusammenbruch des Systems, was unabsehbare Konsequenzen für die Zukunft hätte. Deshalb lehne ich die 13. AHV-Rente (die unverantwortliche Giesskannen-Initiative der Gewerkschaften) entschieden ab – ich unterstütze jedoch die Renteninitiative, welche die AHV langfristig sichern wird.



Der Grund für die desolade Situation der AHV ist einfach und natürlich: Wir leben erfreulicherweise immer länger, die Geburtenrate sinkt, und in den nächsten zehn Jahren werden über eine Million Erwerbstätige der sogenannten Babyboomer-Generation pensioniert. Das heisst: Immer weniger Erwerbstätige finanzieren die AHV-Renten für immer mehr Rentner. Auch die Finanzspritze durch die sogenannte AHV-21-Vorlage ist verpufft. Neue Steuern und Abgaben haben das Loch nicht stopfen können.

Anpassung des Rentenalters als «Königsweg»

Es gibt nun drei Wege, um unser Altersvorsorgesystem ins Lot zu bringen: Noch höhere Steuern und Lohnabzüge, zweitens Rentenkürzungen, und drittens eine Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Die SVP spricht sich seit Jahren gegen die ersten beiden Optionen aus, da sowohl Rentenkürzungen als auch Steuer- und Abgabenerhöhungen den Wohlstand und die Kaufkraft der Bevölkerung untergraben. Somit bleibt die Anpassung des Rentenalters als einziger Weg, der zugleich nachhaltig und generationengerecht ist. Deshalb unterstütze ich eine Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre mit anschliessender Anpassung an die Lebenserwartung.

Nur die dynamische Renteninitiative führt zum Ziel

Der demografische Wandel – gekennzeichnet durch schwankende Geburtenraten und die zunehmende Lebenserwartung – stellt das AHV-System unweigerlich vor eine Zerreihsprobe. Ein starrer Ansatz kann den aktuellen Anforderungen nicht gerecht werden. Die Renteninitiative bietet mit ihrem dynamischen Modell und der leichten Erhöhung des Rentenalters um maximal zwei Monate pro Jahr eine taugliche, nachhaltige Lösung. Die Reform der AHV muss soziale Gerechtigkeit und Solidarität in den Vordergrund stellen, und sie muss flexibel genug sein, um auf die Bedürfnisse einer sich ständig wandelnden Gesellschaft einzugehen. Entscheidend ist dabei, dass Branchenlösungen erhalten

bleiben und niemand (beispielsweise ein Bauarbeiter) über seine körperlichen Grenzen hinaus arbeiten muss.

AHV und sozialen Zusammenhalt sichern

Internationale Vergleiche zeigen, dass andere Länder ähnliche Herausforderungen mit flexiblen, innovativen Ansätzen bewältigen. Die meisten OECD-Länder haben das Rentenalter entsprechend nach oben angepasst oder werden dies bald tun. Dänemark, Estland, Italien, Holland, Schweden, Finnland, die Slowakei, Portugal und Griechenland haben bereits einen Mechanismus eingeführt, der die Lebenserwartung mit dem Rentenalter verknüpft. Auch die Schweiz muss ein System entwickeln, das die AHV finanziell langfristig sichert und zugleich den sozialen Zusammenhalt stärkt. Die Renteninitiative erfüllt diese doppelte Anforderung.

An einem Wendepunkt

Wir stehen an einem Wendepunkt: Entscheidungen von heute bestimmen die Lebensqualität zukünftiger Generationen. Wir müssen jetzt mutige und weitsichtige Entscheidungen treffen, um ein faires, gerechtes und nachhaltiges Altersvorsorgesystem zu schaffen. Ein Ja zur Renteninitiative ist ein Ja zum Wohlstand und zur Generationengerechtigkeit. Um Erfolg zu haben, brauchen wir auch Ihre Stimme. Darum unsere Bitte:

Gehen Sie am 3. März 2024 an die Urne. Überzeugen Sie auch Bekannte und Freunde. Stimmen Sie JA zur Renteninitiative – und NEIN zur 13. AHV-Rente! Herzlichen Dank.

Nina Fehr Düsel

Churz & Bündig

Die Tages-Anzeiger-Medien rechnen vor, lediglich 0,1 Prozent der Mitarbeiter des Uno-Hilfswerks für Palästina (UNRWA) hätten sich schuldig gemacht, mit der Hamas unter einer Decke zu stecken. Wer nur erfindet eine derart dämliche Rechnung: Da wird ein halbwüchsiger Flyer-Verteiler genau gleich gewertet wie ein Direktionsmitglied. So Unsinniges können nur Medien verbreiten, welche Wirklichkeit und Wahrheit zu vertuschen versuchen. us

TOYOTA YARIS AKTION PRÄMIE

1 **JAHR** **GRATIS**
VERSICHERUNG

protect

Die digitale
Autoversicherung.



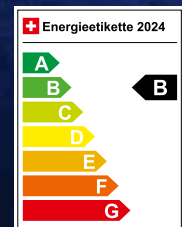
Yaris Cross
CHF 2'000.- Prämie



Yaris
CHF 2'000.- Prämie

Jetzt exklusives Angebot und 1 Jahr gratis Versicherung für die Modelle Toyota Yaris und Yaris Cross sichern!

Yaris GR SPORT 1,5 HSD, 85 kW/116 PS, Ø Verbr. 4,3 l/100 km, CO₂ 97 g/km, En.-Eff. B. Empf. Netto-Verkaufspreis, inkl. MwSt. = CHF 31'700.- abzgl. Prämie von CHF 2'000.- = CHF 29'700.-. Die Versicherungsprämie beträgt ca. CHF 1'090.-. Yaris Cross GR SPORT 1,5 HSD, 85 kW/116 PS, Ø Verbr. 4,9 l/100 km, CO₂ 112 g/km, En.-Eff. B. Empf. Netto-Verkaufspreis, inkl. MwSt. = CHF 36'900.- abzgl. Prämie von CHF 2'000.- = CHF 34'900.-. Die Versicherungsprämie beträgt ca. CHF 1'125.-. Bei der Prämienberechnung handelt es sich um eine Preis-Indikation für eine Vollkaskoversicherung inkl. Parkschaaden. Diese Prämie ist aufgrund einer bestimmten Persona ausgewählt worden und kann durch diverse Faktoren (wie z.B. Wohnort, Alter, Fahrzeugausstattung) individuell nach oben oder wie nach unten abweichen. 1 Jahr Gratis Versicherung auf allen Yaris und Yaris Cross Lagerfahrzeugen. Die Verkaufsaktion ist gültig für Vertragsabschlüsse und Immatrikulation vom 1.1. – 31.03.2024 oder bis auf Widerruf.



emilfrey.ch



Es sind die Gewerkschaften, die heute mit Nachdruck die dreizehnte AHV-Rente fordern. Dass diese Neuerung jährlich gegen fünf Milliarden kostet, wird von den Gewerkschaftsfunktionären heruntergespielt. Sie appellieren um so nachdrücklicher an den «Generationenvertrag» – an jenen «Vertrag», der den im Berufsleben Stehenden, besonders den Gutverdienenden Lohnabzüge auferlegt, welche den Senioren eine menschenwürdige Existenz im Alter garantieren sollen.

Zweifellos ein guter, ein wertvoller (ungeschriebener) Vertrag. Und es stellt sich die Frage: Wie halten es eigentlich die gewerkschaftlich organisierten Gutverdienenden mit diesem Vertrag?

Eine vor kurzem von Professor Christoph Schaltegger (Universität Luzern) vorgelegte – von keiner Seite substantiell bestrittene – Studie weist nach, dass Funktionäre in den öffentlichen Verwaltungen markant mehr verdienen als gleiche Anforderungen erfüllende Angestellte in der Privatwirtschaft. Würde der Generationenvertrag ernstgenommen, müssten die für die Öffentlichkeit tätigen Funktionäre entsprechend hohe Beiträge an den AHV-Fonds leisten. Gewerkschaftlich im VPOD organisiert und von den Gewerkschaften oft profitierend, erfüllen die «Öffentlichen» doch sicher bereitwillig – möchte man meinen – ihre Verpflichtung gegenüber den Senioren gemäss Generationenvertrag.

*

Die Probe aufs Exempel ist mittels telefonischem Auskunftsbegehren an Funktionäre möglich, ausgelöst vornehmlich am Freitag, allenfalls gar am Freitag nachmittag.

Dann kommt ziemlich rasch aus: Die Gutverdienenden unter den Funktionären sind freitags kaum am Arbeitsplatz anzutreffen. Nicht dass sie – ihren Arbeitsvertrag verletzend – «blau» machen würden. Vielmehr haben sie längst realisiert: Ein recht komfortables Dasein kann sich der Funktionär gönnen, auch wenn er bloss achtzig Prozent oder gar nur siebzig Prozent arbeitet. So wird die Viertage-Woche für die gutverdienenden Funktionäre in öffentlicher, vom Steuerzahler besoldeter Anstellung zunehmend angenehme Realität.

Die weit überdurchschnittlich Verdienenden in den öffentlichen Verwaltungen könnten also den Generationenvertrag schlechthin vorbildlich erfüllen. Ernüchterung macht sich als Reaktion auf diese Erwartung allerdings breit: Von Verantwortung dem Generationenvertrag gegenüber ist bei den überdurchschnittlich bezahlten, gewerkschaftlich organisierten Funktionären im öffentlichen Dienst ausgesprochen wenig zu vernehmen. Sie gönnen sich weit lieber ihre Viertage-Woche – verdienen damit etwas weniger, aber immer noch genug, dass ihnen nebst langen Wochenenden

weitere Annehmlichkeiten in Fülle zugänglich bleiben. Markant ausgedehnte Freizeit verschafft ihnen offensichtlich weit höheren Genuss als verantwortungsbewusste AHV-Abgaben aus einem Vollzeitpensum im Rahmen des Generationenvertrags zugunsten von Senioren ihnen entlocken können.

Obwohl der Generationenvertrag ausdrücklich davon ausgeht, dass diejenigen, die das können, auch vollumfänglich arbeiten und damit zum Generationenvertrag beitragen. Überdies «vergisst» der grosszügig salarierete Spitzenfunktionär ebenso rasch wie gerne, dass die Ausbildung, der er seinen hohen Lohn garantiert, grösstenteils oder gar vollständig vom Steuerzahler alimentiert worden ist.

*

Aber was sollen Funktionäre mittels vollem Wochenpensum an die AHV gemäss Generationenvertrag beitragen, wenn sie selbst sich mit Teilzeit-Anstellung bereits alles persönlich Wünschbare leisten können?

Den Generationenvertrag – meinen die Funktionäre – sollen die Angestellten der Privatwirtschaft erfüllen. Deren Lohn resultiert freilich nicht aus spitzfindiger Paragraphenpflege und -erfindung. In der Privatwirtschaft sind Löhne vielmehr unmittelbar abhängig von der Wertschöpfung, von der durch Leistung der Kader und Angestellten zu erbringenden Wertsteigerung. Zu erarbeiten auch in jener Zeitspanne, während der die weit höher bezahlten Funktionäre ihre vermehrte Freizeit geniessen.

Längst ist Tatsache: Die Bestverdienenden, also die Funktionäre in öffentlichen Ämtern, besoldet aus Steuergeldern, sind gegenüber dem Generationenvertrag recht eigentlich in den Streik getreten – lieber ihre Freizeit ausdehnend als angemessene Beiträge an die AHV zugunsten der Senioren abzuliefern.

*

Das bedeutet aber auch, dass der Prämien-Mehrbedarf von vier bis fünf Milliarden Franken, hervorgerufen durch die auch von den Funktionären geforderte dreizehnte AHV-Rente, in allererster Linie dem wertschöpfenden Mittelstand und seinen Trägern belastet würde. Denn die einen höheren Verdienst erreichenden Funktionäre reduzieren lieber ihr Pensum, als dass sie den nach Generationenvertrag ihnen auferlegten Beitrag an die AHV tatsächlich leisten würden.

Der Mittelstand wird weiter geschröpft, bis auch er an eine Grenze kommt, wo Nichtstun auf Kosten anderer lukrativer wird als Erfüllung wertsteigernder Arbeitsleistung bei vollem Wochenpensum – auf dass der Generationenvertrag nicht kollabiert.

Ulrich Schlier

Generationenvertrag

Akzent

Schurwollbettwaren + Massivholzbetten

Bestes Schlafklima für jedermann!



Fachgeschäft für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Design
fanello - Naturbettsystem
 Naturlatexmatratzen
 Schurwollduvets und -Kissen
 antirheumatische Betauflagen

Spycher-Handwerk AG
 Schaukarderei Huttwil



www.kamele.ch

062 962 11 52



Satire und Zensurkultur



Gruber ist eine deutsche Satirikerin mit Mut. Denn sie hält allen einen Spiegel vor, auch den politisch korrekten Bessermenschen. Jüngst hat sie ein Buch mit dem Titel «Willkommen im falschen Film» publiziert. Gemäss Selbstbeschreibung im Buch «bekommt jeder sein Fett weg, der den gesunden Menschenverstand gegen Hysterie oder ein paar Gendersternchen eingetauscht hat.»

Erwähnt im Buch wird deshalb auch die Social-Media-Managerin Roma Maria Mukherjee. Diese hatte in den sozialen Medien ernsthaft davor gewarnt, «rechtsextreme Frauen» würden «aktiv auch die textile Hobbyzene (zum Beispiel zum Thema Stricken)» unterwandern. Monika Gruber bezeichnete die besorgte Frau Managerin deshalb als «selbst ernannte Influencerin und Tugendwächterin». Dann folgt im Satire-Buch die Satire: «Heisst Roma Maria Mukherjee vielleicht im wahren Leben doch eher bloss «Maria Müller» und hat sich kurzerhand umbenannt, da beides – sowohl Voral als auch Nachname – schwer nach «Bund deutscher Mädels» klingt?». Frau Mukherjee, die zuerst den Gang an die Öffentlichkeit suchte und gegen strickende Extremistinnen wettete, strickt sich nun ein Opferdasein

zurecht und macht wiederum öffentlich, dass sie die Passage als beleidigend, rassistisch und ehrverletzend empfindet.

Natürlich eilen Frau Mukherjee sofort jene zu Hilfe, die ihre eigene Humorlosigkeit mit Toleranz verwechseln: In der Zeitschrift «Stern» erscheinen wiederholt Artikel mit Titeln wie «Monika Gruber fehlt das Gewissen», im Internet folgen Boykottaufrufe. Der Verlag des Buches reagiert und kündigt an, die entsprechende Passage werde in der nächsten Auflage angepasst.

Der Vorfall veranschaulicht, wie die zeitgenössische politisch-korrekte Zensurkultur funktioniert: Objektiv relevant ist demnach in erster Linie nur noch, ob Angehörige einer Minderheit sich subjektiv verletzt fühlen. Deren Empfindung übersteuert dann auch Grundrechte Dritter wie z. B. die Meinungsfreiheit von Satirikern, selbst wenn vermeintliche «Opfer» mit gewagten Aussagen eine Kontroverse selbst losgetreten haben. Entscheidend ist auch nicht mehr, wie stark jemand selbst als Person Diskriminierung erlebt hat, es reicht der Minderheitenstatus. Mit einem solchen politisch-korrekten Vorgehen werden Menschen auf ihre Ethnie, Religion oder Herkunft reduziert. Es sind just jene Kategorien, mit denen normalerweise der Rassismus operiert.

Patrick Freudiger

Unzensuriert

Churz & Bündig

Ein Kernpunkt der Stellungnahme von Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD, in der Generaldebatte im Deutschen Bundestag am 1. Februar 2024 im Wortlaut:

«Deutschland steckt tief in einer Rezession. Als einziges Industrieland schrumpft es, und dafür trägt weder Putin die Verantwortung noch die Welt noch irgend eine herbeifantasierte Welt-Klimakatastrophe. Diese unfähige Regierung trägt als Einzige die Verantwortung für das Desaster in unserem Land, und zwar mit ihrer zerstörerischen Politik der künstlichen Energieverknappung und Energieverteuerung, des unablässigen Drehens an Steuerschrauben, der Verbots politik, der Enteignung, der Geldverschwendung, während Sie den Leuten das Märchen vom reichen Land erzählen. Reich ist in Deutschland nur der überfütterte, übergriffige Staat, aber nicht der Steuerzahler.»

*

Wie sagt man Frauen, die – als Zeichen irgend eines dämlichen Protests – das berühmte Gemälde der Mona Lisa in Paris mit irgend einer Brühe versauen und verunstalten? Darf man sie nicht als Dreckschleudern bezeichnen – mit oder ohne Genderstern?

us

«Es sagte» ... Wettbewerb **LÖSUNG!**

Wir fragten, von welcher Persönlichkeit die folgende Aussage stamme:

<<NUR EINE NEUTRALE SCHWEIZ IST EINE SICHERE SCHWEIZ.>>

Als Antwort standen zur Verfügung:
Diesen Standpunkt äusserte:

- A Nationalrat Gerhard Pfister, Präsident «Die Mitte»;
- B Bundesrätin Viola Amherd, VBS-Chefin;
- C Ständerat Thierry Burkart, FDP-Präsident;
- D Ständerat Marco Chiesa, SVP-Präsident.

Die richtige Lösung:

- D Die Lösung zu finden war insofern nicht einfach, weil die – von uns buchstabengetreu notierte – Aussage lediglich mündlich erfolgte. Und zwar an der alljährlich stattfindenden, traditionellen Bad Horn-Tagung der SVP am ersten Wochenende eines jeden Jahres. Damit ist klar: Ständerat Marco Chiesa äusserte am 6. Januar 2024 jene Worte, deren Autor zu erraten war.

AHV ruinieren?

Kosten in Milliardenhöhe ruinieren unsere AHV

Bis 2033 gibt die AHV wegen der Alterung der Bevölkerung mehr als 3 Milliarden Franken mehr aus, als sie einnimmt. Die zusätzlichen jährlichen Kosten von 5 Milliarden Franken durch die Initiative fahren die AHV finanziell an die Wand.

Zahlen soll der Mittelstand

Wir alle müssten diese superteure Initiative über höhere Lohnabgaben und steigende Preise finanzieren. Die Linken ruinieren die AHV und die Kaufkraft auf einen Schlag.

Millionen fließen ins Ausland

Fast eine Million Menschen im Ausland bekäme ebenfalls ein Rentengeschenk. Das kostet jedes Jahr deutlich mehr als 500 Millionen Franken - natürlich bezahlt von der Schweizer Bevölkerung.

Reiche erhalten am meisten

Weil die Linken die zusätzliche Rente mit der Giesskanne verteilen, erhalten gerade die am meisten, die es gar nicht brauchen. Das ist unfair und unsozial.

3. März 2024
www.zukunft-sichern.ch

**13. AHV-
Rente**
NEIN

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

(Standpunkte, geäußert an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz am 27. Januar 2024 in Bürglen/UR)

Paket-Vertrag mit der EU

Der Bundesrat hat dafür ein neues Wort erfunden. Er spricht neu von einem «Paket-Ansatz». Damit will er die kommenden Verhandlungen abheben vom institutionellen Abkommen, das 2021 dank dem konsequenten Druck der SVP beerdigt worden ist. Mit dem «Paket-Ansatz» verspricht der Bundesrat jetzt «mehr Flexibilität und Handlungsspielraum (...), um die Interessen der Schweiz während der Verhandlungen zu wahren».

Das ist Augenschere. Das ist – um es klar zu sagen – das Volk für dumm verkauft.

Denn das neue Verhandlungsmandat ist nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen. Der Bundesrat will die Schweiz nach wie vor institutionell an die EU anbinden. Brüssel hat längst unmissverständlich klargemacht, was der Preis dafür ist: Die Schweiz müsste sich selbst aufgeben. Sie müsste ihre Unabhängigkeit und ihre direkte Demokratie begraben. Sie würde zu einer Kolonie der Brüsseler Bürokraten.

Sie finden, dass ich übertreibe? Leider nicht.

Die Mitte-Links-Mehrheit des Bundesrats akzeptiert weiterhin die nicht verhandelbaren Forderungen der EU:

- die zwingende automatische Übernahme von EU-Recht;

Strafmassnahmen

Mit dem wiederbelebten Rahmenvertrag geschieht bei uns dann dasselbe. In der Schweiz haben wir dann, heute und in Zukunft, EU-Recht! In der Gesundheit, im Landverkehr, im Luftverkehr, im Strom, in der Landwirtschaft und bei den Lebensmitteln. Oder wie der Bundesrat sagt: «Vom Acker bis auf den Teller»!

Wenn wir nicht parieren, sind die Strafmassnahmen auch gleich im Vertrag vorgesehen. In einem x-beliebigen Vertrag können dann Strafen verhängt und sogar Verträge ganz ausgesetzt werden! Bei jeder Volksabstimmung geht es dann um «alles oder nichts». Das Schiedsgericht hat nichts zu sagen, der Europäische Gerichtshof entscheidet.

(Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher)

- die Streitbeilegung durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH);
- die Superguillotine, mit der die EU die Schweiz bestrafen kann;
- die Bezahlung einer jährlichen «Marktzugangsprämie» – voraussichtlich in Milliardenhöhe.

Es bleibt das Geheimnis des Bundesrates, wo es bei diesem extrem einseitigen, ja ausbeuterischen Knebelvertrag «mehr Flexibilität und Handlungsspielraum» gibt, «um die Interessen der Schweiz (...) zu wahren» – Die Wahrheit ist: Der Bundesrat will gar nicht die Interessen der Schweiz wahren – sonst würde er sich nie auf solche Verhandlungen einlassen. Er vertritt vielmehr die Interessen der Berner Elite, die sich im fernen Brüssel Glanz und Gloria und mehr Macht verspricht.

(Ständerat Marco Chiesa, SVP-Präsident)

AHV-Schiefelage

Die AHV, das wissen wir alle schon lange, ist in Schiefelage. Die Lebenserwartung steigt; wir werden immer älter. Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 wurde das Rentenalter für beide Geschlechter bei 65 Jahren festgelegt. Die damalige durchschnittliche Bezugsdauer bei Männern lag bei rund 12 Jahren und bei Frauen bei etwas mehr als 13 Jahren. Die Demografie, wie Sie alle wissen, die hat sich verändert: Wir leben heute länger und sind im allgemeinen fitter – was ja schön ist, verstehen Sie mich nicht falsch. Allerdings bringt das unsere AHV in eine massive Schiefelage, es wird mehr bezogen als einbezahlt. Heute beziehen Männer im Durchschnitt knapp 20 Jahre und Frauen rund 23 Jahre eine Rente. Das heisst: 8–10 Jahre länger als noch vor 80 Jahren. Was heisst das konkret? Es heisst, dass das heutige System veraltet ist. Wenn wir nicht handeln, laufen wir in einen Bankrott der AHV. In Zahlen ausgedrückt heisst dies, wir hätten im Jahr 2050 ein Defizit von über 10 Milliarden Franken.

(Nicole Roth, Junge SVP Basel-Land, Komitee Ja zur Renteninitiative)

13. AHV-Rente

Trifft die Initiative die Bevölkerungsgruppe, die es am meisten nötig haben? Der Bundesrat führt aus, dass der Grossteil der Rentnerinnen und Rentner gut abgesichert ist. Nur ein kleiner Teil, rund 12 %, sind auf Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen. Das heisst, 88 % sind nicht auf Zusatzleistungen angewiesen. In der Botschaft wird sogar ausgeführt, dass die Armutproblematik im Alter viel geringer ist als in anderen Bevölkerungsgruppen, etwa bei Alleinerziehenden oder Grossfamilien. Wir haben mit den Ergänzungsleistungen ein gut funktionierendes Mittel, das die Existenzsicherung gewährleistet und dabei die Ausgaben und den allgemeinen Lebensbedarf in der Schweiz bewertet.

(Nationalrätin Diana Gutjahr)

Woke Linke und Islamisten zerstören gemeinsam unsere freiheitliche Kultur



Seit einigen Jahren ist gut zu beobachten, dass die woke Linke unsere freiheitliche, auf christlich-bürgerlichen Werten beruhende gesellschaftliche Ordnung durch eine sozialistische Ordnung ersetzen möchte. Deshalb bekämpft die woke Linke unsere Kultur auf allen Ebenen: Von der Einschränkung der Meinungsfreiheit, über das Verbot von Winnetou, Mohrenköpfen, Fleischwerbung und Ballermann-Songs, bis hin zur Transgender-Propaganda.

Islamisten verfolgen ebenfalls das Ziel, unsere freiheitliche Kultur zu zerstören. Paradebeispiele sind die deutschen Städte Essen und Hamburg, wo tausende Islamisten auf offener Strasse das Kalifat resp. die Einführung der Scharia fordern. In Banlieus von Frankreichs Grossstädten ist bereits ein islamisches Gegenuniversum Realität, wo demokratische Werte nicht gelten, der Salafismus gedeiht und Frauen gezwungen werden, sich zu verschleiern.

Auch wenn woke Linke und Islamisten nicht das gleiche Fernziel haben, vereint sie dennoch der Hass gegen unsere freiheitliche Kultur, sowie der Wille, diese zu zerstören. Die woke Linke profitiert dementsprechend von der aggressiven Vorgehensweise der Islamisten gegen unsere Kultur und legt sich mit diesen ins Lotterbett. Wohin das führt, wurde nach dem barbarischen Angriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung

aufgezeigt. Anstatt die Schandtaten der Hamas an israelischen Frauen und Männern zu verurteilen, laufen woke Linke und Islamisten Hand in Hand hinter Plakaten her, welche die Auslöschung Israels (dem einzigen freiheitlich-demokratischen Land im Nahen Osten) fordern.

Wir sagen STOPP! Wir lassen nicht zu, dass unsere freiheitliche Kultur von woken Linken und Islamisten zerstört wird. Wir sind bereit unser freiheitliches Erbe zu verteidigen. Dafür ergreifen wir folgende Sofort-Massnahmen:

- Für jeden beim Schweizerischen Israelischen Gemeindebund gemeldeten und bestätigten antisemitischen Vorfall, spenden wir auf unbestimmte Zeit einen Betrag von CHF 50 an die SIG-Zukunftsstiftung, mit dem Ziel, die Sicherheitslage der jüdischen Bevölkerung in der Schweiz zu verbessern.
- Wir lancieren eine Plakatkampagne rund um die Universitäten Bern und Basel, um die Bevölkerung über den linken Antisemitismus an Schweizer Universitäten zu informieren.
- Wir drehen Videos auf der Strasse, in denen wir über Fakten zur Hamas und dem radikalen Islam und seinem Anspruch berichten.

Islam- und Woke-Terror stoppen!



Ängste und Unsicherheit

Emotional unterschätzte Einbrüche

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Zu Beginn dieser Kolumne muss ich ziemlich weit ausholen – und ich wage einen Blick in die Vergangenheit, auch in meine persönliche.



Die polizeiliche Kriminalstatistik weist für das Jahr 2022 insgesamt 35'732 Einbruchs- und Einsteigediebstähle aus. In all diesen Fällen sind Täter in den intimsten Bereich ihrer Opfer eingedrungen. Und dies hinterlässt Spuren, welche weit über den Verlust von Wertgegenständen hinausgehen.

Jedem Strafverfolger, welcher sich mit dieser Deliktskategorie befasst, sind Fälle bekannt, wo Geschädigte es nicht ertragen konnten, dass Einbrecher ihre sämtlichen Lebensbereiche durchwühlt und Sachen auf der Suche nach Diebesgut angefasst haben. Weil ein Täter die Schublade mit Unterwäsche einer Geschädigten durchwühlte, habe ich seinerzeit als junger Kriminalist selbst mitbekommen, dass das Opfer sämtliche Slips und BH im Müll entsorgte. Da hätte auch mehrmaliges Waschen nicht ausgereicht.

Auch wurden Wohnungen umgestellt und die Einrichtung verändert, um nicht mehr an das traumatische Ereignis erinnert zu werden. Schliesslich war und ist bei vielen die Angst gross und oft mit der Frage behaftet: «Was wäre passiert, wenn ich in meinen vier Wänden dem Täter gegenüber gestanden hätte?» Gerade bei Einschleichen diebstählen zu nächtlicher Stunde und in den warmen Sommermonaten, wo viele Menschen Fenster-, Terrassen- und Gartentüren offen lassen, kommt es immer mal wieder zu bedrohlichem Aufeinandertreffen von Wohnungsinhabern und Tätern.

Fall Rigozzi

Jüngst wurde in vielen Medien berichtet, dass über die Weihnachts- und Neujahrstage ins Haus von Christa Rigozzi, der ehemaligen Miss Schweiz, eingebrochen worden sei. Tatort war der Wohnsitz der Geschädigten in Monte Carasso TI, als sie sich mit ihrer Familie in Zermatt aufhielt. Christa Rigozzi reagierte sehr emotional auf die Straftat, wobei hier die Frage sicher berechtigt ist, ob solche Gemütsbewegungen in den sozialen Medien veröffentlicht werden sollten. Was Frau Rigozzi aber sicher falsch gemacht hat, sind folgende zwei Punkte: Erstens lassen sich im Internet und in den sozialen Medien viele Beiträge und Bilder finden, wo ihr schicker Wohnsitz samt den entsprechenden Koordinaten mit Hochglanzbildern gezeigt wird – und ebenso der Hinweis auf ihre ferienbedingte Abwesenheit. Es ist in vielen Fällen davon auszugehen, dass lohnende Objekte von der Täterschaft nicht nur direkt ausgekundschaftet werden, sondern dass zusätzliche Recherchen im

Internet erfolgen. Der Spott über das Einbruchopfer und das mediale Nachtreten von Viktor Giacobbo, dem früheren Hofnarr des Staatsfernsehens, waren unqualifiziert und fallen auf ihn selbst zurück. Man macht sich nicht lustig über Opfer von Straftaten, auch wenn diese das Erlebte auf eine nicht für alle nachvollziehbare Art verarbeiten.

Mehrheitlich ausländische Täter

53 Prozent aller ermittelten Verstösse gegen das Strafrecht gehen auf das Konto von ausländischen Tätern. Gerade beim Einbruch- und Einsteigediebstahl ist der Anteil von Kriminaltouristen hoch. Zudem sind sämtliche Grenzkantone stärker von diesem Phänomen betroffen, weil es ausländische Verbrecherbanden vorziehen, sich nach der Tatg zügig ins Ausland abzusetzen.

Was ist zu tun?

Das Problem könnte mit stationären und dynamisch-mobilen Grenzkontrollen über weite Strecken entschärft werden, und potentielle Täter könnten an der Einreise in die Schweiz gehindert werden. Wenn bei Terrorverdacht im gesamten Schengenraum die Personenkontrollen im Grenzbereich aktiviert wurden, war dies immer ein polizeilicher Erfolg. Auch wenn kein Terrorist ins Netz ging, war der «Beifang» an gesuchten Personen, Drogen- und Waffenaufgriffen erheblich. Und illegale Grenzübertritte wurden jeweils in grösserem Stil verhindert. Wer sich über den Schutz vor Einbruchdiebstahl oder anderen Deliktskategorien informieren möchte, findet viele wertvolle Tipps unter Schweizerische Kriminalprävention: www.skppsc.ch

Markus Melzl

« Das aktuelle Zitat »

«Wenn sich alle übrigen Parteien gegen die AfD zusammenschliessen, gibt es neben ihr nur noch einen einzigen politischen Block. Im Osten erinnert das manche an die ‚Nationale Front‘ der DDR. Und die Aussicht darauf wird die AfD noch stärker machen. Denn selbst wenn man CDU wählt, bekommt man am Ende eine Regierung, in der die Linke mit am Kabinetttisch sitzt. Es schadet aber auch der Demokratie insgesamt, wenn die Unterschiede zwischen den Parteien nicht mehr erkennbar sind und die stärkste Gruppe von der Regierung ausgeschlossen wird. Viel fragen sich dann, wozu es überhaupt noch Wahlen gibt.»

Hubertus Knabe, Historiker und Publizist,
im Magazin «Cicero» am 9. Januar 2024

Der lange Arm der Antifa

Hinter feindlichen Linien



«Klare Kante gegen Rechtsextremismus!» Unter diesem Motto rief eine breite Allianz von linken Parteien und Organisationen für den 3. Februar 2024 zu einer Demonstration in Zürich auf. Denn der «Rechtsextremismus» und «Faschismus» seien in der Schweiz wieder im Aufwind. Warum «wieder»? Weiter heisst es: «Die Entwicklungen sind eine Gefahr für uns alle.» Wenn man diese hysterischen Worte liest, fragt an sich: In welcher Fantasiewelt leben die Linken? Jeder gewalttätige Extremismus ist zu verurteilen. Aber die politisch motivierte Gewalt kommt hauptsächlich von links. Der Nachrichtendienst des Bundes schreibt: «Die linksextreme Szene organisiert Demonstrationen, verübt gezielt Sachbeschädigung und Brandstiftung und setzt unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen sowie körperliche Gewalt ein.»

In den Jahren 2016 bis 2022 erfasste der Nachrichtendienst dreizehn gewalttätige rechtsextreme Ereignisse. Im gleichen Zeitraum gab es 630 linksextreme

Gewalttaten. Dahinter steckt oft die Antifa. Und Dominik Waser (Grüne) als Mitorganisator lud die Antifa zur Demonstration ein. Eine linksradikale Schlägertruppe ist also an einer Demonstration für «Toleranz» herzlich willkommen. Dies lässt tief blicken.

Ein Reporter von TeleZüri fragte den grünen Politiker, ob er sich nicht auch von Linksextremen distanzieren müsste. Der grüne Parlamentarier schüttelte genervt den Kopf und wollte sich nicht weiter dazu äussern. Warum bringen es die Linken nicht über die Lippen, sich von der gewalttätigen Antifa zu distanzieren? Im Gemeinderat sagte indirekt ein Politiker von der Alternativen Liste, dass Gewalt zur «Meinungsäusserung» gehöre. Was für Typen sitzen für linke Parteien in der Schweiz in den Parlamenten? Reicht der Arm der linksextremen Antifa schon so weit ins Herz unserer Demokratie hinein?

PS: Wichtiger Nachtrag zum Thema Linksextremismus: Der Nachrichtendienst schlägt Alarm und warnt vor steigender linksextremer Gewalt.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Schweizerzeit STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein
Legat
an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung
Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer
Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2024: Fr. 80.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Fragwürdige «Kompetenzen» statt klare Ziele

Volksschule wohin?

hf. Unsere Volksschule – die im Geist Pestalozzis als vorbildlich galt – hat mit grossen Problemen zu kämpfen. Die unkontrollierte Zuwanderung aus andern Sprachregionen und Kulturen, die Integration aller Kinder in Regelklassen anstelle der bewährten Klein- oder Sonderklassen, immer mehr Bürokratie, administrativer Aufwand und enorme Kosten, übervolle Stundenpläne, zu früher Fremdsprachunterricht, die zum Teil unsinnigen «Kompetenzen», das selbstgesteuerte Lernen sowie eine Theorie-lastige (akademische) Lehrerausbildung verursachen an unseren Volksschulen sowohl für die Lehrkräfte als auch für viele Kinder eine Überforderung. Immer mehr Lehrkräfte sind frustriert und geben ihren Beruf auf. Viele Eltern sind verunsichert und besorgt. **Fazit: Unsere Volksschule muss wieder auf soliden Boden gestellt werden.**

Die Schweizerzeit wird sich diesem drängenden Thema künftig vermehrt annehmen. Nachstehend nennen wir eine Anzahl aus den Hunderten von «Kompetenzen», die gemäss Lehrplan 21 an unseren Volksschulen verlangt werden. Sinnvoller wären wenige konkrete Jahresziele, welche die Lehrkräfte stufengerecht erreichen sollen. Wie sie diese Ziele erreichen, sollte weitgehend den Lehrkräften überlassen werden.

Eine Auswahl von «Kompetenzen» des Lehrplans 21

- Die Schülerinnen und Schüler können Elemente und Merkmale von Räumen in Darstellungsmitteln auffinden sowie raumbezogene Orientierungsraster aufbauen und anwenden.
- Sie können Formen des Unterwegs-Seins von Menschen, Gütern und Nachrichten erkunden sowie Nutzen und Folgen des Unterwegs-Seins für Mensch und Umwelt abschätzen.
- Sie können die ästhetische Wirkung von Hörtexten entdecken und beschreiben.
- Sie können Formen und Verfahren konstruktiver Konfliktbearbeitung anwenden.
- Sie können Konsumententscheidungen mittels einfacher Nutzwertanalysen begründen.
- Sie können respektvoll mit Menschen umgehen, die unterschiedliche Lernvoraussetzungen mitbringen oder sich in Geschlecht, Hautfarbe, sozialer Herkunft, Religion oder Lebensform unterscheiden.
- Sie können die Qualität und Bedeutung gesammelter und strukturierte Informationen abschätzen und beurteilen.
- Sie können beschreiben, welche Fragen und Themen für sie zu unserer Welt und zum Zusammenleben von Menschen in verschiedenen Gebieten und für die Zukunft auf der Erde wichtig sind.
- Sie können über literarische Texte und über die Art, wie sie die Texte lesen, ein literarisches Gespräch führen.
- Sie können soziale Ungleichheiten untersuchen, Massnahmen zu deren Verringerungen beurteilen und entsprechende eigene Ideen entwickeln.
- Sie können Informationen und Positionen zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und Konflikten bezüglich Interessen und Wahrheitsgehalt hinterfragen.
- Sie können Darstellungen von Männer- und Frauenrollen sowie Sexualität in Medien auf Schönheitsideale und Rollenerwartungen



analysieren und Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung kritisch betrachten.

- Sie können Geschlechterrollen (Merkmale, Verhalten) beschreiben, hinterfragen sowie Vorurteile und Klischees im Alltag und Medien erkennen.

Frage: Wo bleiben die Grundfertigkeiten (Rechnen, Lesen (Texte verstehen), Schreiben (Texte verfassen) sowie die Wissensvermittlung (z. B. Schweizer Geschichte) – bevor beurteilt, verurteilt, hinterfragt, kritisiert, moralisiert und palavert wird? Bei den Kindern in der Volksschule muss doch primär das Interesse und die Freude am Lernstoff vermittelt werden.

Schreiben Sie uns (info@schweizerzeit.ch) möglichst kurz über Ihre konkreten Erfahrungen als Lehrer(in), Schüler(in), Eltern, Grosseltern und nennen Sie Ihre zentralen Forderungen an die Volksschule.

Hans Fehr



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Ich habe den sportlich wirkenden Mann mit dem sympathischen Namen seinerzeit als Kantonsratskandidat kennengelernt. Er kämpfte mit grosser Überzeugungskraft für den (in der FDP inzwischen leider vergessenen) Leitsatz «Mehr Freiheit, weniger Staat!» – und das tut er bis auf den heutigen Tag. Er liebt kraftvolle Ausdrücke wie «Wir müssen eine Bresche in die Mauer der linken und pseudobürgerlichen Schweiz-Abschaffer schlagen!» Aber so martialisch meint er es natürlich nicht. Man müsse jedoch die Ernsthaftigkeit in der Politik auch immer wieder mit entspannten, humorvollen Stunden verbinden. «Das gibt unserer Partei so viel Kraft!» Nach einer interessanten beruflichen und politischen Laufbahn – in der Wirtschaft, als Parteisekretär, Kantonsrat, Nationalrat – ist der begnadete Hobbykoch und überzeugte Nicht-Sportler heute selbständig im Bereich Kommunikation und Publizistik tätig – und neuerdings auch als Stiftungsrat für die Stiftung Atlantis des ehemaligen obersten deutschen Verfassungsschützers Hans-Georg Maassen (s. Kasten «Atlantis»).

Claudio Zanetti (zanetti@zanetti.ch)



«Mein Grossvater ist seinerzeit aus dem katholisch-konservativen Puschlav in die Deutschschweiz eingewandert. Mein Vater, ebenfalls konservativer CVP-Wähler, hat dann lange bei der ZKB gearbeitet, er wurde aber aus konfessionellen Gründen nicht Direktor – denn damals herrschten im Zwingli-geprägten Zürich noch andere Sitten. Er wollte darum das «Gegenlager» stärken. Als die CVP immer schwächer wurde, wählte er FDP und wurde schliesslich zum strammen SVPLer. Ich selbst, 1967 geboren, bin mit zwei Schwestern in Glattbrugg und dann in Zollikon und Küsnacht aufgewachsen; mein Zimmer war interessanterweise das ehemalige Studierzimmer von Oberstdivisionär (später Oberstkorpskommandant) Herbert Constam (1885-1973). Ich kann nur hoffen, dass ich ein wenig von seinen Fähigkeiten mitbekommen habe.» Immerhin hat

Zanetti anspruchsvolle Militärdienste als Gebirgsinfanterist geleistet und blieb noch einige Zeit als Fachoffizier im Stab eines Richtstrahl-Bataillons eingeteilt.

Politische Heimat SVP

Claudio Zanetti absolviert in der Folge das Gymnasium der Klosterschule Engelberg («für mich eine sehr gute Zeit»), das er 1988 mit der Matura abschliesst. Bald schon werden die Beziehungen Schweiz-EU (bzw. EG) und insbesondere der EWR-Vertrag, zum dominanten Thema, das ihn sehr beschäftigt. Während des Jus-Studiums interessiert er sich sehr für politische Fragen. Dann, nach Kontakten mit Beat Walti, überzeugt ihn das freisinnige Credo von «Mehr Freiheit, weniger Staat!», und er wird Jungfreisinniger, wo er auch Gregor Rutz kennenlernt. Bald aber beginnt er an der FDP, u. a. wegen ihrer Zustimmung zum Antirassismus-Gesetz und zu verfehlten Steuererhöhungen («Man wollte nicht gegen den eigenen Finanzdirektor Eric Honegger antreten») zu zweifeln, und er findet schliesslich über den damaligen Küssnacher Parteipräsidenten Gerhard Zachs seine definitive politische Heimat – die SVP.

Nach einer beruflichen Tätigkeit beim Verband Schweizerischer Maschinen-Industrieller VSM (heute Swissmem) wird man gegen Ende der 90er Jahre auf den dynamischen Jungpolitiker auch in der kantonalen SVP aufmerksam, und Christoph Blocher stellt ihn als Parteisekretär an.

«Die Zeit mit Blocher war für mich äusserst interessant und lehrreich. Ich habe insbesondere gelernt, Wesentliches von Unwesentlichem zu trennen, ich habe gelernt: Die Begründung des Misserfolgs interessiert nicht (Blocher), es gilt, den Erfolg sicherzustellen! Auch habe ich verinnerlicht: Der Untergebene stellt dem Chef keine Fragen, er stellt Anträge! Dann muss er selber denken, sich mit der Sache intensiv befassen und ihr auf den Grund gehen.»

Kraftvoller positiver Geist

Besonders beeindruckt und geprägt hat Zanetti der stets kritisch-positive Geist in der Zürcher (und heute

auch in der Schweizerischen) SVP. «Ich habe viele unglaublich tolle, kraftvolle Versammlungen und Veranstaltungen – bis auf den heutigen Tag – miterlebt, in der Altrüti Gossau, im Albisgüetli und anderswo. Wenn wir keine Fehler machen, wird diese Kraft weiterbestehen, und sie muss weiterbestehen – das ist existenziell für die Schweiz.»

Zwei spezielle parteipolitische Ereignisse sind Claudio Zanetti in besonderer Erinnerung geblieben: Bei der Beerdigung des legendären Zürcher Regierungs- und Ständerats Jakob Stucki würdigte Blocher den Magistraten u. a. wie folgt: «Eines der zentralen Anliegen des Verstorbenen war, dass das anspruchsvolle Amt eines Regierungsrates im grössten Wirtschaftskanton Zürich nicht vereinbar ist mit einem zusätzlichen Ständeratsmandat.» Damit habe Blocher allfälligen Gelüsten in der eigenen Partei nach einem Doppelmandat definitiv und elegant den Riegel geschoben. Ebenso eindrücklich war für Zanetti der Ausschluss der kantonalen Bündner SVP aufgrund des «Falles Widmer-Schlumpf». «Keine andere Partei hätte einen solchen Eingriff schadlos überlebt. Uns hat die Klärung sogar gestärkt!»

Freiheit und Unabhängigkeit

Das Wichtigste für Zanetti: «In der SVP-Politik (und in der Politik generell) müssen klare, solide Grundsätze gelten – die Freiheit des Einzelnen und die Unabhängigkeit der Schweiz. Es ist für mich hirnverbrannt, dass Politiker, Parteien und sogenannt elitäre Kreise der EU hinterherlaufen – einer hochverschuldeten EU, einer Fehlkonstruktion, welche Systemfehler durch noch grössere Fehler zu kurieren versucht und immer tiefer ins Schlamassel gerät.»



Mit Gattin Andrea für einmal im Regen



Der Scharfzüngige

Atlantis: Stiftung für freiheitlich-konservative Werte

Für viele Deutsche gilt die Schweiz noch immer als Paradies, als Oase in einem Ozean des politischen Irrsinns. Auch der ehemalige Chef des deutschen Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maassen, wählte darum Zug als Gründungsort für seine Atlantis-Stiftung. Diese bezweckt «die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern. Konkret dienen ihre Aktivitäten der Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung, der Förderung der Jugendhilfe, der Förderung der internationalen Gesinnung, der Toleranz und des Völkerverständigungsgedankens sowie der Förderung des demokratischen Staatswesens.» Kurz: Es geht um die Förderung freiheitlich-konservativer Werte. Zu den Mitgliedern des Stiftungsrats gehört auch alt Nationalrat Claudio Zanetti (SVP). Die Atlantis-Stiftung kann mit einer Spende unterstützt werden: CH22 0900 0000 1619 0933 7

Von Claudio Zanetti wird man politisch, publizistisch, im Medien- und Kommunikationsbereich, im Zusammenhang mit der Stiftung Atlantis, vielleicht sogar als Kochkünstler – kaum aber als Sportskanone – mit Sicherheit noch hören. Die Schweizerzeit wünscht ihm auf jeden Fall viel Erfolg.

Hans Fehr

Churz & Bündig

In Deutschland hat die grossflächige Installation von Solarmodulen schon vor Jahren begonnen. Viele müssen bereits heute oder in recht naher Zukunft ersetzt werden. Und die ersetzten müssten auch entsorgt werden, fallen sie doch in die Kategorie besonders heiklen Sondermülls. Recycling-Verfahren fehlen bis heute. 2024 fallen in unserem nördlichen Nachbarland zehntausend Tonnen ausgemusterter Solarmodule zum Verschrotten an. Danach immer mehr: 2029 bereits rund sechzigtausend Tonnen. Und Energie-Institute rechnen vor, dass bereits in zehn Jahren zwischen vierhunderttausend und einer Million Tonnen Solarmodule jährlich entsorgt werden müssten. Nur weiss niemand, wie das geschehen soll. Das alles geschieht im Dienst des Umwelt- und Klimaschutzes. us

BESTSELLER

**Die Corona-Verschöpfung**

Wie Milliardäre, Politiker und Staatsdiener wissentlich und willentlich Freiheit und Gesundheit ausradieren

Brigitte Röhrig

Auf Grund aller zugänglichen Informationen, aber auch als Resultat der Auswertung nur schwer auffindbarer Fakten

dokumentiert Brigitte Röhrig die Vorgänge, als mit Corona als Grund elementare Bürgerrechte zumindest vorübergehend suspendiert und Kritiker mundtot gemacht wurden. Eine brisante, spannend aufgemachte Dokumentation.

Rubikon, München 2023, 523 S., brosch., (Richtpreis Fr. 32.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 29.60

**Geimpft versus ungeimpft**

Jetzt spricht die Wissenschaft

Robert F. Kennedy Jr. / Dr. Brian Hooker

Zweifel nährende Machenschaften zur obrigkeitlichen Impfkampagne gegen Corona beunruhigen – angesichts bekannt gewordener Techtelmechtel zwischen dem Bundesberner Funktionsapparat und tendenziösen Medien – auch die Schweiz. Eine unbestechliche Persönlichkeit präsentiert brisante Fakten zu seinerzeit undurchsichtigen Vorgängen.

Kopp, Rottenburg 2023 (R.F. Kennedy 2023), 351 S., geb. ill.,
(Richtpreis Fr. 31.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35

AKTUELL

**Der Zensurkomplex**

Wie Regierungen, Geheimdienste und NGOs die Bürger überwachen und politisch unerwünschte Meinungen bekämpfen

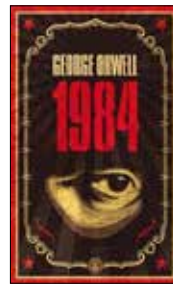
Collin McMahon

Eine brisante Neuerscheinung: Wer zur Masseneinwanderung, zu Corona, zur Klima-Erwärmung nicht befolgt, was ihm Staatsfunktionäre im Verbund mit den Eintopfmedien verboten, wer sich den Vorgaben aus internationalen Organisationen, aus dem EU-Funktionsapparat und den ihm ergebenden Regierungen nicht vorbehaltlos unterzieht, muss – der Weltverschöpfung oder gar des Rassismus' bezichtigt – mit Zensur und Ausgrenzung rechnen. Dazu liefert eine neue Dokumentation beklammende Fakten.

Kopp, Rottenburg 2024, 192 S., geb., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10

Büchertisch

ORWELL



1984

George Orwell

Orwells vor Jahrzehnten erschienener Roman beschreibt, wie eine totalitäre Diktatur entsteht und durchgesetzt wird – bis zum übermächtigen Überwachungsstaat. Seine beängstigend nüchtern präsentierte Chronik hat nichts an Aktualität verloren. Die Beschreibung, wie der Einzelne – wenn er Widerstand leistet – bis zu seiner Vernichtung fertiggemacht und gefoltert wird, geht wahrhaftig unter die Haut, zumal auch heute wieder Tendenzen zum Niederschreiben Unbotmässiger sichtbar werden.

Kopp, Rottenburg 2023, 319 S., geb., (Richtpreis Fr. 10.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 9.45

**Farm der Tiere**

George Orwell

Da erringen Tiere die Macht – auch über die Menschen. Und sie bekennen sich zur Gleichheit aller. Bis die Schweine, denen Regierungsverantwortung übertragen wurde, sich etwas gleicher vorkommen als alle anderen Gleichen. Und sie entwickeln Gelüste zu immer weitergehender Exklusivität ihrer selbst. Kein Buch beschreibt die Entstehung der Classe Politique lebendiger als Orwells «Farm der Tiere». Ein Lehrbuch zu Entstehung und Durchsetzung von Totalitarismus.

Kopp, Rottenburg 2024, 105 S., geb., (Richtpreis Fr. 8.10)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 7.50

GESCHICHTE



Kant

Die Revolution des Denkens

Marcus Willaschek

Immanuel Kant, verwurzelt in der abendländischen Aufklärung, wurde mit seiner Philosophie zum Vordenker des freiheitlichen Europa. Er erklärte den mit Vernunft begabten Menschen als mündig und selbstverantwortlich. Aus diesem Denken entwickelte sich Schritt für Schritt die freiheitliche Demokratie, die Europa wirtschaftlich und politisch zur Spitzenstellung verhalf, die heute aber dem sich verstärken-den, fanatischen Wokeismus die Stirn zu bieten hat.

C.H. Beck, München 2023, 430 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 37.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.10

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

JAHRBUCH

**Verheimlicht, vertuscht, vergessen**

Was 2023 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisnewski

Der Autor wird von den Eintopfmedien verunglimpft, ja gehasst. Aber sein Jahrbuch findet Jahr für Jahr mehr Abnehmer. Zeitgenossen, die mehr erfahren wollen, als ihnen die Eintopfmedien vermitteln. Ein unverändert brisantes Jahrbuch.

In der Chronologie vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 wird lückenhafte, tendenziös-verzerrende, den Leser gängelnde Berichterstattung entlarvt und mit den realen Fakten, welche zu verfälschender Berichterstattung führen, konfrontiert.

Das Buch löst Unruhe aus. Nur schon deshalb ist es empfehlenswert.

Kopp, Rottenburg 2024, 284 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 26.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.85

BUCHZEICHEN

**Paria inter Pares**

Das Ende der Bank Wegelin

**Dagmar Schöniag,
Tobias Straumann**

Unter massivstem Erpressungsdruck musste die von Kunden hochgeschätzte Bank Wegelin 2012 innerhalb weniger Tage die Segel streichen. Für eine Bank, welche die USA vom den internationalen Finanzverkehr dominierenden Dollar abschneidet, ist das Überleben unmöglich.

Die gerichtlich verfügte Frist, während welcher die Betroffenen zum Schweigen verurteilt waren, ist abgelaufen. In einem neuen, von den damals Verantwortlichen autorisierten Buch wird der tödliche Anschlag auf die Bank Wegelin im einzelnen der Öffentlichkeit durchschaubar gemacht. Wer am internationalen Finanzgeschehen interessiert ist, muss dieses Buch lesen.

Stämpfli, Bern 2024, 208 S., geb., (Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 35.10

Bestellschein

Schweizerzeit

BESTSELLER

- Die Corona-Verschörung **à Fr. 29.60**
 Geimpft versus ungeimpft **à Fr. 28.35**

AKTUELL

- Der Zensur-Komplex **à Fr. 25.10**

ORWELL

- 1984 **à Fr. 9.45**
 Farm der Tiere **à Fr. 7.50**

GESCHICHTE

- Kant **à Fr. 34.10**

JAHRBUCH

- Verheimlicht, vertuscht, vergessen **à Fr. 23.85**

BUCHZEICHEN

- Paria inter Pares **à Fr. 35.10**

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Tel-Nr.: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(03/09.02.2024)

SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Philipp Gut, Anian Liebrand
und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

23. Februar 2024

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler,
Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Finanzen, Organisation: Daniela Locher

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Neid-Debatte

Am 3. März stimmen wir über die von jungbürgerlichen Kreisen lancierte Renteninitiative ab. Diese bezweckt, das Rentenalter an die Lebenserwartung in der Schweiz zu koppeln. Das bedeutet konkret, das Rentenalter für Frauen und Männer von 2028 bis 2033 schrittweise auf 66 Jahre zu erhöhen. Danach soll das Rentenalter moderat weiter steigen, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung zunimmt. Ein solches Anliegen erscheint auf den ersten Blick natürlich nicht besonders populär. Wer will schon immer länger arbeiten müssen? Auch meine Haltung ist klar: Wenn es sich irgendwie vermeiden liesse, würde ich die Renteninitiative liebend gerne in Bausch und Bogen verwerfen. Aber irgendetwas müssen wir tun, wenn uns staatsbürgerliche Verantwortung nicht gänzlich fremd ist und die sogenannte «Generationen-Solidarität» nicht nur eine leere Worthülse bleiben soll.

Die AHV wurde 1948 als Sozialwerk gegründet, um «Alten und Hinterbliebenen» eine finanzielle Absicherung zu geben und ein möglichst würdevolles Leben ohne Armut zu garantieren. Damals standen einem Rentner rund 6,5 Erwerbstätige gegenüber. Dies bei einer Lebenserwartung von rund 12 (Männer) respektive 14 Jahren (Frauen) nach der Pensionierung mit 65 Jahren. Heute liegt die Lebenserwartung bei den Männern 20 und bei den Frauen bereits deutlich über 22 Jahren nach der Pensionierung. Zudem sind es heute nur rund

drei Erwerbstätige, die durch ihre Abgaben die Finanzierung eines Rentners zu tragen haben. Dieses Missverhältnis wird sich in den nächsten fünf bis zehn Jahren weiter zuspitzen, weil dann die «Babyboomer-Generation» in Rente geht und wegen zu tiefen Geburtenraten zu wenige Junge ins Erwerbsleben einsteigen. Es öffnet sich also eine gewaltige Finanzierungslücke, die wir irgendwie schliessen müssen, wenn wir die AHV nicht in einen Kollaps schlittern lassen wollen.

Und was tun die linken Parteien und Gewerkschaften? Um die Renteninitiative an der Urne zu versenken, reissen sie eine erneute Neid-Debatte vom Zaun. Die Initiative sei ungerecht, weil sie nur jene Erwerbstätige zu längerem Arbeiten verpflichte, die sich keine Frühpensionierung leisten könnten. Die «bösen Reichen» gingen weiter früher in die Pension, weil sie genügend Millionen auf der Seite hätten. Was die Gewerkschaften mit ihrem erneuten Versuch, einen Keil in die Bevölkerung zu treiben, tunlichst ausblenden: Diese «unverschämten Millionäre» haben in ihrem Leben auch sehr viel in den Sozialstaat einbezahlt! Die gleichen Gewerkschafter, die das erstrebenswerte Lebensziel, vermögend zu sein, öffentlich verschmähen, leben selber in Saus und Braus und sitzen auf milliardenschweren Vermögen!

Anian Liebrand

Schluss
Punkt